

die_taube

1_2020

Rundbrief des pax christi Diözesanverbandes Essen

...die Mitschuld der deutschen Bischöfe
am Zweiten Weltkrieg



Inhaltsverzeichnis

	Seite
Impressum	2
Die Welt nach Corona wird eine andere sein	3
„Deutsche Bischöfe im Weltkrieg“ – ein Schuldbekenntnis?	4
Obwohl es keine Hoffnung gibt, schreien wir unsere Hoffnung heraus	8
Schrei nach Hoffnung	10
Begegnung ist ein Lebenselixier	12
Frieden wollen natürlich alle – keiner weiß, wie es geht!	14
Afrika darf nicht vergessen werden	17
Vom Frieden künden von Brücken und Balkonen	19
Sicherheit durch nukleare Abschreckung?	20
Menschen in den Blick genommen, die wichtige Anstöße gegeben haben	23
Arbeiterpriester! Märtyrer! Friedensgestalt?	25
Mitverantwortung und Versöhnung: Ich will, dass ihr in Frieden lebt	27
„Es kann zwischen Juden und Christen auch klappen“	29
Termine	30

IMPRESSUM

die_taub_e ist das offizielle Mitteilungsorgan des pax christi Diözesanverbandes Essen für Mitglieder und Interessenten.

www.essen.paxchristi.de

Herausgeber:

pax christi Diözesanverband Essen
c/o Ursula Balt, Diemelstraße 20, 44807 Bochum
Layout: Angelika Böttcher

Bankverbindung:

IBAN: DE69 3706 0193 6030 6140 10

Die Welt nach Corona wird eine andere sein

Ideen für das menschliche Zusammenleben nach der gegenwärtigen Krise

„In einer Welt, die bereits von ungeheurem menschlichen Leid heimgesucht wird, hat die aktuelle Covid-19-Pandemie unser Leben in jeder Hinsicht unterbrochen“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung des Ökumenischen Rates der Kirchen, der Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen, des Lutherischen Weltbundes und des Rates für Weltmission. Gefordert wird daher eine *Internationale finanzwirtschaftliche Umgestaltung für eine Ökonomie des Lebens*.

Die Krisen der Covid-19-Pandemie wurzelten in einer den Menschen und dem System innewohnenden Schwäche. Sie seien aus repressiven und ausbeuterischen Wirtschaftssystemen entstanden. Mit dieser gemeinsamen Botschaft will die christliche Gemeinschaft Regierungen und internationale Finanzinstitute zu verantwortungsbewusstem Handeln aufrufen, um die Ursachen der Krise anzugehen: Die Covid-19-Pandemie habe die Verflechtung von wirtschaftlicher und ökologischer Krise enthüllt.

Als Folge daraus ergebe sich die Forderung an die Menschheit zu einer neuen Bescheidenheit. Zukünftig müsse auf eine Weise gelebt werden, die nicht zu Lasten der Erde oder anderer Menschen gehe. Liebe, Fürsorglichkeit und Verbundenheit seien die Schlüsselemente der Resilienz gegenüber Covid-19. Familiäre und soziale Solidarität müssten ein Gegengewicht zum körperlichen Abstandhalten bilden, eigenützigem Interesse müsse entgegengewirkt werden.

Appelliert wird an die Regierungen, öffentliche Güter und das ökologische Gemeingut zurückzufordern und vor den neoliberalen Prozessen der Privatisierung und Kommerzialisierung zu schützen, ein Existenzminimum für alle zu gewährleisten und so lebensbewahrende Bereiche wie Gesundheit, Bildung, Wasser und sanitäre Einrichtungen, Agrarökologie und erneuerbare Energien sowohl in den Covid-19-Wiederaufbauplänen als auch in der langfristigen Planung zu bevorzugen.

Weiter heißt es: „Kein Land ist eine Insel. Der jetzt erreichte kritische Punkt zur Weichenstellung und die wachsende Klimakatastrophe verlangen Geschlossenheit, Zusammenarbeit, Innovation und Transformation im globalen Maßstab.“

Die Covid-19-Pandemie habe deutlich gemacht, dass alle Menschen in einer gemeinsamen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Heimat leben. „Unsere Er-

widerung auf diese globale Gesundheitskrise und den gigantischen, längerfristigen wirtschaftlichen und ökologischen Notfall muss unsere darin begründete gegenseitige Abhängigkeit anerkennen und die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Ziele zusammenführen.“

Notwendig seien daher in die Netzwerke der Glaubensgemeinschaften, der Zivilgesellschaft und der sozialen Bewegungen eingebundene Zusammenarbeit und Solidarität innerhalb der Länder und über deren Grenzen hinaus sowie neue globale Führungssysteme, die auf Gerechtigkeit, Fürsorge und Nachhaltigkeit beruhen. „Durch ein solches Handeln und in diesem Geiste können Wege gefunden werden, wenn wir so mutig sind, unsere Systeme, Mächte und Herzen nicht in der alten Ordnung, sondern in der neuen Schöpfung zu verankern“, lautet der Hoffnung machende Schluss.

Ein großes und die Menschen weltweit bewegendes Problem dieser Tage wird hier aufgezeigt. Ein ebenso großes Problem ist die Frage der atomaren Abrüstung, die nach wie vor aktuell ist. Der „Schrei nach Hoffnung“ der Palästinenser ist angesichts der aktuellen israelischen Annektionspläne nach wie vor nicht verklungen –

Themen, die in dieser „Tauben“ breiten Raum einnehmen, um deren Dringlichkeit deutlich zu machen. Wir sollten aus all diesen Krisen lernen, wobei nach wie vor die Frage bleibt: Aber was? „Die Welt nach Corona wird eine andere sein“, hat Bundespräsident Steinmeier zu Beginn der Krise gesagt. Ob es eine bessere sein wird, liegt auch und vor allem an uns allen.

Ursula Balt



„Deutsche Bischöfe im Weltkrieg“ – ein Schuldbekenntnis?

Wort der deutschen Bischöfe zum Ende des Zweiten Weltkriegs

Zum 75. Male jährte sich am 8. Mai 2020 das Ende des Zweiten Weltkriegs. Aus diesem Anlass veröffentlichte die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) das Dokument „Deutsche Bischöfe im Weltkrieg“. Darin setzen sich die Bischöfe kritisch mit der Rolle ihrer Amtsvorgänger während der Zeit des NS-Regimes und insbesondere in der Zeit des Zweiten Weltkriegs (1939-1945) auseinander. Vorgestellt wurde das Wort der Bischöfe am 29.4.2020 mittels einer Video-Presskonferenz.

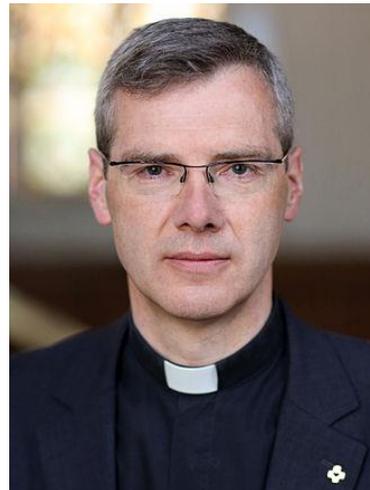


Bischof Bätzing.

Vorstellung des Dokuments

In der Pressekonferenz äußert der Vorsitzende der DBK, Bischof Bätzing, bezogen auf die Frage, wie es die katholischen Bischöfe mit dem Krieg gehalten hätten: „Diesbezüglich gibt es – so sagen viele – eine ‚Erinnerungslücke‘, wohl auch eine ‚Bekennnislücke‘.“ Seit Jahrzehnten werde der 8. Mai 1945 überall in Europa als „Tag des Glücks und der Freude“ begangen, aber hierzulande erst mit wachsendem Abstand vom Geschehen „vor allem (als) ein Tag der Befreiung“ gewürdigt. „Auch wir sind befreit worden: von den Grauen des Krieges, von Nazi-Unterdrückung

und Massenmord.“ Christen und Kirchen in Ost und West hätten nach dem Krieg für die Aussöhnung der Völker Beachtliches für Frieden und Gerechtigkeit getan, aber der Kirche bliebe „das Lernen aus der Geschichte nicht erspart“, insbesondere nicht die kritische Auseinandersetzung mit dem Verhalten der Bischöfe während des Krieges. Bischof Bätzing nennt das neue Dokument ein „Schuldbekenntnis“ und erwähnt in diesem Zusammenhang ausdrücklich den verstorbenen Heinrich Missalla, der wiederholt ein Schuldbekenntnis der deutschen Bischöfe wegen des Verhaltens ihrer Vorgänger gefordert hatte.



Bischof Wilmer.

Der Vorsitzende der Deutschen Kommission *Justitia et Pax*, Bischof Wilmer, stellt die einzelnen Kapitel des Dokumentes vor und erläutert sie.

- I. Die Gegenwart der Erinnerung
- II. Das Verhalten der katholischen Bischöfe in Deutschland während des Zweiten Weltkriegs
- III. Zugänge des Verstehens
- IV. Lehren für die Zukunft

Er äußert, dass die unstrittigen historischen Fakten über die Haltung der Bischöfe zum Krieg „ein Bild der Verstrickung“ ergäben und dass „bei aller inneren Distanz zum Nationalsozialismus und bisweilen auch offener Gegnerschaft die katholische Kirche in Deutschland Teil der Kriegsgesellschaft war.“ Die Leiden des eigenen Volkes hätten im Vordergrund gestanden. „Die Leiden der Anderen kamen nur ungenügend in den Blick.“ „Indem die Bischöfe dem Krieg kein eindeutiges ‚Nein‘ entgegenstellten, sondern die meisten von ihnen den Willen zum Durchhalten stärkten, machten sie sich mitschuldig am Krieg“, zitiert Bischof Wilmer den Kernsatz des Dokuments. Er verweist auf das ambivalente und teilweise problematische Verhalten der Bischöfe, was der letzte Abschnitt im zweiten Kapitel markant zusammenfasse:

„Letztlich fanden die Bischöfe keinen Ausweg aus der Spannung, die sich aus der geteilten Vorstellung patriotischer Verpflichtung im Krieg, der Legitimität staatlicher Obrigkeit, den daraus resultierenden Gehorsamspflichten sowie den offenkundigen Verbrechen ergab. Die christlichen Maßstäbe zur Einordnung des Krieges trugen offenkundig nicht mehr. So blieb der Blick für die Fragen der eigenen Soldaten und das Leid der Anderen verstellt. Die Äußerungen der Bischöfe, bei allen den jeweiligen Persönlichkeiten geschuldeten Nuancen, scheiterten an der Realität der verbrecherischen Gewalt. Sie blieben auf die (illusorische) Verhaltensänderung der politischen Führung, auf die Einhaltung der rechtlichen Vereinbarungen sowie auf die tugendhafte Pflichterfüllung der Geführten, gewissermaßen also auf ein richtiges Leben im Falschen (Adorno) gerichtet. Den teuflischen Verstrickungen in die Verbrechen und den daraus erwachsenen Nöten wurde man damit nicht gerecht. Mehr noch: Indem die Bischöfe dem Krieg kein eindeutiges ‚Nein‘ entgegenstellten, sondern die meisten von ihnen den Willen zum Durchhalten stärkten, machten sie sich mitschuldig am Krieg.“

„Jene Soldaten, für die sich die Kriegserfahrungen von hemmungsloser Gewalt und Verbrechen zu existentiellen Fragen nach dem Sinn und nach Gott verdichteten, standen weitestgehend allein. Auch diejenigen, die zweifelten, sich mit dem Gedanken der Desertion trugen oder sogar deser-

tierten, fanden keine Stütze in den Äußerungen der Bischöfe“, so Bischof Wilmer.

Das Kapitel „Zugänge des Verstehens“ ist bemüht, darzustellen, warum die deutschen Bischöfe keine kritischere Haltung gegenüber einem Krieg eingenommen hätten, dessen verbrecherischer Charakter je länger je mehr zutage getreten sei. Er hebt folgende wesentliche Gesichtspunkte hervor:

1. die traditionelle Lehre über die Legitimität staatlicher Autorität und das Verhältnis von Kirche und Staat,
2. die traditionelle Lehre vom Gerechten Krieg,
3. die gesellschaftliche Akzeptanz der selbstverständlichen Anwesenheit des Militärischen im Alltag,
4. das Verhältnis von katholischer Kirche und deutscher Nation,
5. die grundlegende Ablehnung des Kommunismus“, die den Krieg gegen die Sowjetunion akzeptabel zu machen schien,
6. die spezifischen Handlungsbedingungen und Erfahrungen während des NS,
7. die institutionelle Schwäche der Bischofskonferenz sowie ihre innere Blockade.

Das abschließende Kapitel „Lehren für die Zukunft“ widmet sich der Bedeutung der Vergangenheit für die Zukunft. Darin unterstreichen die Bischöfe, so Wilmer, dass sich die Kirche und die Bischöfe in einem andauernden Lernprozess befänden. Dies schließt ein, dass es lange gedauert habe, bis auch unter den Bischöfen die erforderliche kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit Raum gewonnen habe. Heute sei die kritische Auseinandersetzung mit diesen Verstrickungen unverzichtbar für ein lebendiges Zeugnis der Kirche. Nur wer sich seiner Vergangenheit stelle und sie annehme, könne sich aus dem Bann ihrer toxischen Auswirkungen befreien.

Soweit zur Vorstellung des Wortes der Bischöfe, das an dieser Stelle nicht umfangreicher dargestellt werden kann. Es lohnt sich, und ich empfehle es sehr, das ganze Dokument mit seinen insgesamt gut zu lesenden 23 Seiten bei der DBK zu bestellen oder über den nachfolgenden Link auf das Dokument und seine Präsentation zuzugreifen:

www.dbk.de/nc/presse/aktuelles/meldung/wort-der-deutschen-bischoefe-zum-ende-des-zweiten-weltkriegs-vor-75-jahren-veroeffentlicht/detail/



Die Broschüre der Deutschen Bischofskonferenz.

Reaktionen

Wie wurde das Dokument beurteilt? Wurden, die Forderungen von Heinrich Missalla erfüllt, die er kurz vor seinem Tod in einem eindringlichen Schreiben an die deutschen Bischöfe gerichtet hatte? Hat es den Mut zur Wahrheit zum Ausdruck gebracht, den Mut, ein wirkliches Schuldbekenntnis abzulegen für den Aufruf an die deutschen Soldaten, ihre vaterländische Pflicht zu erfüllen und mit ihrer Opfer- und Todesbereitschaft ganz dem Willen Gottes zu folgen?



Heinrich Missalla.

Soweit ich das überschauen kann, wurde das Dokument bislang **zum größten Teil positiv aufgenommen**, teilweise mit Anmerkungen, dass es sehr lange für sein Zustandekommen gedauert habe. pax christi Mitglied und Publizist Peter Bürger hat zu dem Dokument kritisch Stellung genommen.

Peter Bürger wurde von Christiane Florin (Deutschlandfunk) interviewt: Nachfolgend Auszüge aus dem Interview, das auch unter folgendem Link aufgerufen und somit vollständig nachgehört und nachgelesen werden kann:

www.deutschlandfunk.de/katholische-bischoefe-in-der-ns-zeit-ich-wuerde-es.886.de.html?dram:article_id=476175

Florin: Wenn wir uns die aktuelle Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz anschauen, also das Schuldbekenntnis: In dieser Erklärung ist von der Verstrickung der damaligen Bischöfe die Rede, von der „Verstrickung in den nationalen Zeitgeist“. Wie würden Sie das nennen? Auch Verstrickung?



Peter Bürger.

Bürger: Ich bevorzuge in den Publikationen, in denen ich die Primärquellen zugänglich mache – dass man das demokratisch wirklich mal lesen kann, was die damals gesagt haben – ich bevorzuge den Terminus „Kriegsbeihilfe“, „Kriegsassistenz“. Es ist nicht nur so, dass sie geschwiegen haben, dass sie nicht protestiert haben, sondern sie haben aktiv zu Beteiligung aufgerufen und die offizielle Kriegsideologie im Hitler-Staat auch inhaltlich gestützt.

Florin: Was finden Sie gut an dieser Erklärung der Bischöfe? Und was fehlt Ihnen darin?

Bürger: So richtig gut finde ich den Duktus nicht mehr, nachdem ich wirklich den Text gelesen habe. Er hat mich eigentlich traurig gemacht. Die Bischöfe entscheiden sich dafür, das wird ja auch immer wieder betont, dass sie ihre Vorgänger nicht individuell verurteilen wollen und sich das Richteramt anmaßen. Das finde ich schon mal ehrenwert, das steht ihnen auch nicht zu. Aber diese individuelle Fixierung auf die Bischofspersönlichkeiten und deren Integrität scheint mir ein kompletter Holzweg zu sein.

De facto wird in diesem Papier wieder ein apologetischer Weg beschritten auf diesem Weg des Verstehens. „Wir wollen zeitbedingt verstehen.

Wieso sind die Bischöfe in ihren Grenzen gewesen?“ Das erscheint mir nicht sachgerecht. Wir sehen heute viel klarer, dass Außenseiter, die in der Kirche überhaupt gar keine Machtfunktionen hatten, heute aber heiliggesprochen werden, wie etwa Franz Jägerstätter, ein Bauer, oder ein kleiner Ordenspriester wie Franz Reinisch, dass die im Gegensatz zu den Bischöfen richtig lagen. Das Entsetzen, das wir nach 60 Millionen Toten brauchen und auch nachdem eben diese Form von Kirchenleitung die Kirche so weit weg von ihrem Auftrag durch Jesus geschickt hat, wäre doch, dass wir nachdenken: Was ist damals strukturell gelaufen? Es geht nicht darum, die einzelnen Ortsbischöfe zu beschämen oder deren Andenken zu beschmutzen, sondern dass wir uns erschüttern lassen.

Alfred Keienburg



Obwohl es keine Hoffnung gibt, schreien wir unsere Hoffnung heraus

Michel Sabbah: Cry for Hope

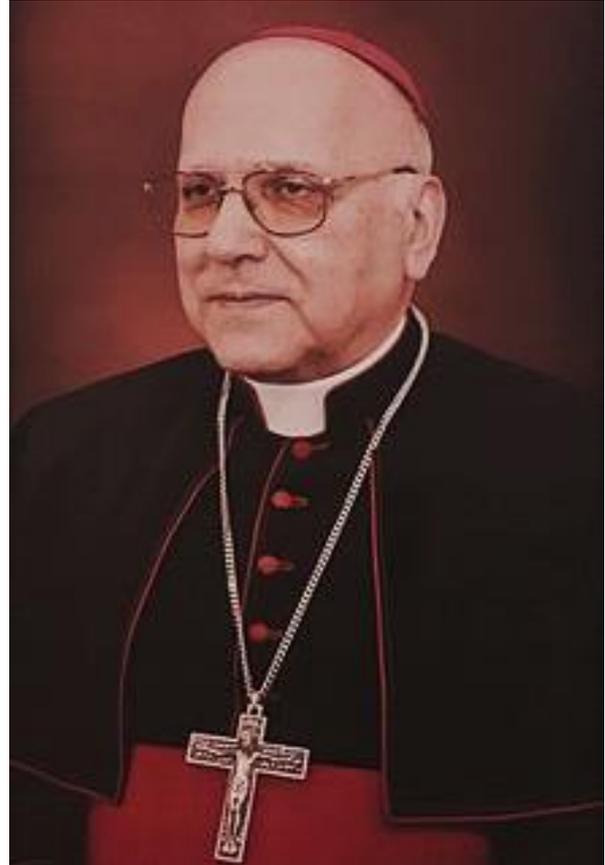
Im Jahr 2009 haben palästinensische Christinnen und Christen aus mehreren Kirchen und kirchlichen Organisationen das Kairos Palästina Dokument veröffentlicht. Sie haben ihre Stimme erhoben zu „einem Schrei der Hoffnung, wo keine Hoffnung ist, zu einem Schrei, der erfüllt ist vom Gebet und von dem Glauben an Gott...“ (Einführung). Sie richteten sich dabei an die Kirchen der Welt mit der Bitte: „Könnt ihr uns helfen, unsere Freiheit wieder zu erlangen?“

Der letzte Abschnitt (10-1) lautet: *„Obwohl es keine Hoffnung gibt, schreien wir unsere Hoffnung heraus. Wir glauben an Gott, an den gütigen und gerechten Gott. Wir glauben, dass am Ende Seine Güte den Sieg über das Böse des Hasses und des Todes davontragen wird, die noch immer in unserem Land herrschen. Wir werden hier „ein neues Land“ und „einen neuen Menschen“ entdecken, der imstande ist, sich im Geiste der Liebe zu allen seinen Brüdern und Schwestern zu erheben.“*

Heute, elf Jahre später, hat sich die Situation des palästinensischen Volks nicht verbessert, im Gegenteil. Ihre Hoffnung auf Frieden und Gerechtigkeit, auf ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung, auf eine Zukunft für ihre Kinder hat sich nicht erfüllt.



Summer camp in Wadi Al Hussein in der Nähe von Hebron.



Bischof Michel Sabbah, der emeritierte lateinische Patriarch von Jerusalem.

Wir möchten euch informieren, dass zwei der Mitverfasser des damaligen Aufrufs, Rifat Kassis und Michel Sabbah, einen erneuten **Schrei nach Hoffnung** („Cry for Hope“) verfasst haben, der sich an Christinnen und Christen und alle Kirchen weltweit wendet.

Im ersten Teil des Aufrufs wird die Dringlichkeit zu handeln angesichts der jüngsten politischen Entwicklung deutlich:

„Schrei nach Hoffnung: Aufruf zur Entscheidung und zum Handeln Wir können nicht Gott dienen und gleichzeitig zur Unterdrückung der Palästinenser schweigen!“

Wir, Kairos Palästina und die weltweite Koalition „Globaler Kairos für Gerechtigkeit“, die entstand als Antwort auf das Kairos Palästina Dokument „Die Stunde der Wahrheit: Ein Wort des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe aus der Mitte des Leidens der Palästinenser und Palästinenserinnen“, richten diesen dringenden Aufruf an Christen und Christinnen, Kirchen und ökumenische Organisationen. Wir tun dies zusammen mit engagierten Christinnen und Christen in Palästina und der ganzen Welt. Dies ist ein Aufruf zur Entscheidung und zum Handeln in einer Angelegenheit, bei der es um die Integrität unseres christlichen Glaubens geht. Wir haben einen kritischen Punkt im Kampf für die Beendigung der Unterdrückung des palästinensischen Volkes erreicht. Mit der Annahme des Nationalstaatsgesetzes von 2018 hat der Staat Israel die institutionelle Diskriminierung in Israel und den palästinensischen Landesteilen legalisiert. Damit beraubt er die PalästinenserInnen offiziell ihres Rechts auf Leben, Grundversorgung und auf eine Zukunft in ihrem Heimatland. Die jüngsten Akte der US-Regierung haben Israels kontinuierliches Projekt unterstützt, sich Land anzueignen und die Kontrolle über das gesamte palästinensische Territorium zu erlangen. Im Einzelnen handelt es sich um die Verlegung ihrer Botschaft nach Jerusalem im Jahr 2018, 2019 ihre Ankündigung, die Siedlungen im Westjordanland nicht mehr als „völkerrechtswidrig“ anzusehen, und Anfang 2020 den sogenannten Friedensplan. Angespornt durch die US-amerikanische Unterstützung und ermutigt durch die zahnlose Antwort der internationalen Gemeinschaft hat die gerade gebildete israelische Koalitionsregierung den Weg freigemacht für die vollständige Annexion ungefähr eines Drittels des besetzten Westjordanlands einschließlich des Jordantals.“

Im weiteren Verlauf ordnen die Verfasser den Appell in den Kontext einer palästinensischen Befreiungstheologie ein, um danach die aus ihrer Sicht notwendigen Aktionsfelder aufzulisten.

Inhaltlich stimmt dieser Text in einigen Punkten nicht mit der Position der Deutschen Sektion von pax christi zum Nahostkonflikt überein. Formulierungen und Begrifflichkeiten sind teilweise von einer Schärfe und Radikalität, die uns stören, verstören, erschrecken mögen und die die Grenzen einer gewaltfreien Kommunikation überschreiten. Wenn wir solche Worte aus dem Mund von

Menschen hören, die sich explizit und deutlich immer wieder der Gewaltfreiheit verpflichtet haben, so muss uns dies aufrütteln: Wieviel Enttäuschung, Frustration, Verzweiflung, Angst, Sorge, Ärger und Wut angesichts der offensichtlich völligen Erfolglosigkeit des gewaltfreien Engagements und Widerstands stecken dahinter? Ich erinnere mich an ein Gespräch mit Rifat Kassis vor ungefähr zwei Jahren, in dem er sinngemäß sagte: Wir stehen mit dem Rücken zur Wand. Wir können den Palästinenserinnen und Palästinensern, vor allem der jungen Generation, das Prinzip der Gewaltfreiheit nicht mehr glaubhaft vermitteln.

Was bedeutet das für uns und unsere Friedensarbeit?

Wo liegt unsere Verantwortung? Wie nehmen wir sie wahr?

Wird dieser Schrei dieses Mal Gehör finden?

Gabriele Wulfers

Michel Sabbah war Präsident von Pax Christi International von 1999-2007.

Der Aufruf wurde offiziell am 1. Juli 2020 mit einer Liste der Erstunterzeichner veröffentlicht.



Lebensmittelpenden an das Dorf Qanoob in der Westbank, das während der Corona-Krise abgeriegelt war.



Schrei nach Hoffnung: Aufruf zur Entscheidung und zum Handeln
Wir können nicht Gott dienen und gleichzeitig zur Unterdrückung der Palästinenser schweigen!

Veröffentlichungsdatum 1. Juli 2020

Wir, Kairos Palästina und die weltweite Koalition „Globaler Kairos für Gerechtigkeit“, die entstand als Antwort auf das Kairos Palästina Dokument „Die Stunde der Wahrheit: Ein Wort des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe aus der Mitte des Leidens der Palästinenser und Palästinenserinnen“, richten diesen dringenden Aufruf an Christen und Christinnen, Kirchen und ökumenische Organisationen. Wir tun dies zusammen mit engagierten Christinnen und Christen in Palästina und der ganzen Welt. Dies ist ein **Aufruf zur Entscheidung und zum Handeln** in einer Angelegenheit, bei der es um die Integrität unseres christlichen Glaubens geht.

Wir haben einen **kritischen Punkt im Kampf für die Beendigung der Unterdrückung** des palästinensischen Volkes erreicht. Mit der Annahme des Nationalstaatsgesetzes von 2018 hat der Staat Israel die institutionelle Diskriminierung in Israel und den palästinensischen Landesteilen legalisiert. Damit beraubt er die PalästinenserInnen offiziell ihres Rechts auf Leben, Grundversorgung und auf eine Zukunft in ihrem Heimatland. Die jüngsten Akte der US-Regierung haben Israels kontinuierliches Projekt unterstützt, sich Land anzueignen und die Kontrolle über das gesamte palästinensische Territorium zu erlangen. Im Einzelnen handelt es sich um die Verlegung ihrer Botschaft nach Jerusalem im Jahr 2018, 2019 ihre Ankündigung, die Siedlungen im Westjordanland nicht mehr als „völkerrechtswidrig“ anzusehen, und Anfang 2020 den sogenannten Friedensplan. Angespornt durch die US-amerikanische Unterstützung und ermutigt durch die zahnlose Antwort der internationalen Gemeinschaft hat die gerade gebildete israelische Koalitionsregierung den Weg freigemacht für die vollständige Annexion ungefähr eines Drittels des besetzten Westjordanlands einschließlich des Jordantals. Diese Entwicklungen machen nun noch klarer, dass es endgültig vorbei ist mit der Illusion, dass Israel und die Weltmächte beabsichtigen, das Recht des palästinensischen Volkes auf Würde, Selbstbestimmung und die vom Völkerrecht garantierten fundamentalen Menschenrechte einschließlich der Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge zu beherzigen und zu verteidigen. Im Licht dieser Ereignisse, speziell der Verabschiedung des „Nationalstaatsgesetzes“, ist es Zeit für die Internationale Gemeinschaft anzuerkennen, dass Israel ein Apartheidstaat im Sinn des Völkerrechts ist.

Indem wir diese Realität anerkennen, sehen wir, dass es als Jesus Nachfolgende an uns ist, entschieden zu handeln. Das Kirchesein der Kirche, die Integrität des christlichen Glaubens und die Glaubwürdigkeit des Evangeliums stehen auf dem Spiel. Wir erklären, dass die Unterstützung der Unterdrückung des palästinensischen Volkes, sei es aktiv oder passiv, durch Schweigen, mit Worten oder Taten, Sünde ist. Wir stellen fest, dass christliche Unterstützung des Zionismus als einer Theologie oder Ideologie, die das Recht eines Volkes legitimiert, einem anderen die Menschenrechte zu verweigern, unvereinbar mit dem christlichen Glauben und ein schwerer Missbrauch der Bibel ist.

Wir rufen alle Christen und die Kirchen auf gemeindlicher, konfessioneller, nationaler und weltweiter ökumenischer Ebene auf, sich in einem Prozess des Studierens, Reflektierens und Bekennens zu engagieren. Es geht dabei um die historische und systemische Entrechtung des palästinensischen Volkes und um den Missbrauch der Bibel, mit dem viele diese Unterdrückung rechtfertigen und unterstützen. Wir rufen die Kirchen auf, darüber zu reflektieren, wie ihre eigenen Traditionen die heilige Pflicht zum Ausdruck bringen können, die Integrität der Kirche und des christlichen Glaubens in Bezug auf diese Frage aufrechtzuerhalten. Wir können nicht Gott dienen und gleichzeitig zur Unterdrückung der Palästinenser schweigen.

Angesichts dieses Kairos sind wir uns des Glaubens- und Handlungsvermögens derjenigen bewusst, die uns vorausgingen und mit dringlichen Krisensituationen konfrontiert waren. 1933 erklärte der deutsche Pfarrer Dietrich Bonhoeffer, dass die Entrechtung der Juden durch das Nazi-Regime und der Eingriff des Staates in Religionsangelegenheiten den *status confessionis* für die Kirche bedeute. Die Barmer Theologische Erklärung von 1934 verstärkte die Verpflichtung der Kirche, gegen Ungerechtigkeit aufzustehen und unmissverständlich den Ideologien der Tyrannei zu widerstehen. 1964 stellte der erste Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), Willem Visser't Hooft, fest, dass Rassismus wie Apartheid einen *status confessionis* (Bekenntnisfall) für die Kirchen darstellt. Der ÖRK ließ diesem Wort Taten folgen, indem er 1969 das mutige und weit reichende Programm zur Bekämpfung des Rassismus durchführte. 1977 erklärte der Lutherische Weltbund (LWB), dass Apartheid einen *Status Confessionis* für die Kirche darstellt, und suspendierte 1984 die Mitgliedschaft der weißen lutherischen Kirchen im südlichen Afrika, die Apartheid praktizierten. 1982 erklärte der Reformierte Weltbund (RWB) Apartheid für unvereinbar mit dem christlichen Glauben und suspendierte die Mitgliedskirchen, die Rassentrennung praktizierten. Die Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen (WGRK) bekräftigte 2017, „dass angesichts der Situation der Ungerechtigkeit und des Leidens in Palästina und aufgrund des Notschreies der palästinensischen christlichen Gemeinde die Integrität von christlichem Glauben und Leben auf dem Spiel steht“. Sie gaben dem Generalsekretär sechs unmittelbare Handlungsanweisungen auf. Seit 2009 entstanden weltweit Kairos Dokumente von ökumenischen Organisationen als Antwort auf das Kairos Dokument „Die Stunde der Wahrheit“ der palästinensischen Christen. Darin kommt die Verpflichtung zum Handeln und die theologische Bekräftigung dieses prophetischen Aufrufs der palästinensischen Kirchen zum Ausdruck.

Die gegenwärtige Situation ruft nach Handeln – ebenso kühn, ebenso treu und ebenso entschieden. Die Zeit der Entscheidung ist gekommen. „Als Christen und Palästinenser wenden wir uns an...unsere christlichen Brüder und Schwestern in den Kirchen in aller Welt“, heißt es im Kairos Palästina Dokument von 2009. 2017, acht Jahre später, schrieb die Nationale Koalition Christlicher Organisationen in Palästina in ihrem Offenen Brief an den ÖRK und die ökumenische Bewegung: „Die Lage ist mehr als dringlich. Wir stehen an der Schwelle eines katastrophalen Kollapses. Dies ist nicht eine Zeit für schale Diplomatie, ihr Christen!“ Jetzt, nach weiteren drei Jahren, ist dies ein Hoffnungsschrei an unsere Brüder und Schwestern in aller Welt. Wir laden unsere Mitschwestern und Mitschwestern, Ortsgemeinden, Kirchen und internationale ökumenische Organisationen ein, unser gemeinsames Zeugnis anzunehmen und zu beantworten, dem Prozess des Bekennens beizutreten und selber Prozesse zu initiieren mit dem Ziel, die Unterdrückung der Palästinenser und Palästinenserinnen sowie den Missbrauch der Bibel zur Rechtfertigung dieses Unrechts in aller Form zu verwerfen und sich zu folgenden Aktionen zu verpflichten:

- Prozesse auf lokaler, konfessioneller und ökumenischer Ebene zu initiieren, um den gegenwärtigen Kairos und die dringende Pflicht zur Entscheidung und zum Handeln angesichts der Entrechtung der Palästinenser und des Missbrauchs der Bibel zu diesem Zweck zu erkennen. Damit wird die Einheit der Kirche im engagierten Aufstehen gegen Unrecht, wo immer es geschieht, zum Ausdruck kommen.
- Theologien und Bibelverständnisse zu studieren und kritisch zu beurteilen, die zur Rechtfertigung der Unterdrückung des palästinensischen Volks benutzt werden. Eine Theologie vorzustellen, die prophetisch zu einer inklusiven Vision des Landes für Israelis und Palästinenser aufruft und so bekennt, dass der Schöpfergott ein Gott der Liebe, der Barmherzigkeit und Gerechtigkeit, nicht aber der Diskriminierung und Unterdrückung ist.
- Das palästinensische Recht zum Widerstand gegen die Besetzung, Enteignung und Entzug ihrer Grundrechte zu bekräftigen und an die Seite der Palästinenser in ihrem kreativen und gewaltfreien Widerstand zu treten. Der palästinensische Aufruf zum Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) von 2005 bietet einen Rahmen für ökonomische, kulturelle und akademische Maßnahmen und für politische Interventionen als gewaltfreie Mittel, die Besetzung und Unterdrückung zu beenden. Der Zweck von BDS ist nicht, Israel zu bestrafen oder zu isolieren. Vielmehr geht es darum, Druck auf Israel auszuüben, sich an das Völkerrecht zu halten und Regierung und Volk aufzurufen, im Geist des Wortes Gottes auf den Weg der Gerechtigkeit und des Friedens zu treten und so für das eigene Recht und das der Palästinenser einzustehen.
- Die Regierungen und internationalen Institutionen aufzufordern, politische, diplomatische und wirtschaftliche Mittel einzusetzen, um Israels Verletzungen der Menschenrechte und des Völkerrechts zu beenden.
- Dem Antisemitismus durch Arbeit für Gerechtigkeit und gegen Antijudaismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ebenso wie der Gleichsetzung von Kritik am Unrechthandeln des Staates Israel mit Antisemitismus entgegenzutreten.
- Gemeinsame Initiativen von Israelis und Palästinensern sowie interreligiöse Partnerschaften zu unterstützen, die gegen Apartheid und Besetzung kämpfen und Gelegenheiten schaffen, für eine gemeinsame Zukunft gegenseitigen Respekts und der Würde einzutreten.
- „Kommt und seht“ die Realität im Heiligen Land mit Augen, die Mitgefühl für die Leiden der Palästinenserinnen und Palästinenser haben. Übt Solidarität mit Basisinitiativen in allen Glaubensgemeinschaften und säkularen Gruppen, die der Besetzung den Kampf ansagen und für gerechten Frieden arbeiten.

Wir machen diesen Aufruf aus Sorge für die Zukunft beider Völker. In der Sprache von Kairos Palästina ist er in der *Logik der Liebe* verwurzelt, die danach trachtet, sowohl Unterdrücker und Unterdrückte zu befreien, um eine neue Gesellschaft für alle Menschen des Landes zu schaffen. Wir halten weiter an der Hoffnung fest, die im Kairos Dokument ausgedrückt wird, dass Palästinenser und Israelis eine gemeinsame Zukunft haben, dass „wir unser politisches Leben, in all seiner Komplexität, nach dem Grundprinzip der Liebe und ihrer Kraft organisieren können, wenn erst einmal die Besetzung beendet und die Gerechtigkeit wiederhergestellt ist“. Als Jesu Nachfolgerinnen und Nachfolger antworten wir auf Ideologien der Exklusivität und der Apartheid damit, dass wir eine Vision der Inklusion und Gleichheit aller Menschen des Landes aufrecht erhalten und uns hartnäckig dafür einsetzen, dass sie umgesetzt wird.

Wir bekennen, dass wir mit unserem Einsatz als Christinnen und Christen für die Befreiung des palästinensischen Volkes der Theologie des Imperiums widerstehen – einer globalen Ordnung der Herrschaft, die sich in rassistischer, wirtschaftlicher, kultureller und ökologischer Unterdrückung manifestiert, welche die Menschheit und Gottes ganze Erde bedroht. Mit diesem Bekenntnis nehmen wir unsere Zugehörigkeit zur Gemeinschaft des gebrochenen Brotes und der Kirche wahr in der Erfüllung ihrer Mission, allen die gute Botschaft von Gottes Gabe der Liebe, der Barmherzigkeit, des Mitgefühls und des Lebens in Fülle für alle zu bringen.

H.B. Michel Sabbah

Rifat Kassis

H.B. Michel Sabbah

Rifat Kassis

Patriarch Emeritus: Latin

General Coordinator: Global

Patriarchate of Jerusalem

Kairos for Justice

President: Kairos Palestine

Begegnung ist ein Lebenselixier und ein existenzielles Grundbedürfnis

Sonntagsimpulse unterstützen in herausfordernden Zeiten

Wie kann es gelingen, trotz der strengen Vorschriften und Empfehlungen zum „social distancing“ die pax christi-Gemeinschaft weiterhin erfahrbar zu machen? Der Vorstand hat in dieser herausfordernden Zeit die Idee zu Sonntagsimpulsen entwickelt: „In Gebet und geteilten Gedanken wollen und können wir die Verbindung zueinander aufrecht erhalten“, so schreiben Stefanie Wahl und Norbert Richter in der Einleitung.

Seit dem 22.3. gibt es diese Impulse, wir alle können so unsere oft verwirrenden Empfindungen, Gedanken, Sorgen, Wünsche und Hoffnungen miteinander teilen.

Wir bedanken uns herzlich bei allen, die diese Aufgabe bisher für uns übernommen haben.

Da nicht alle unsere Mitglieder im pax christi Diözesanverband Essen über E-Mail erreichbar sind, drucken wir hier beispielhaft noch einmal den Impuls vom 19.4.2020 von **Gerold König** ab. Alle Impulse können auf der pax christi-Homepage nachgelesen werden.

Einstieg

„Alles wirkliche Leben ist Begegnung“

Martin Buber 8.2.1878 – 13.6.1965 –
Religionsphilosoph

Dieser Satz Martin Bubers ist mir ständiger Begleiter geworden. Immer wieder habe ich die Bedeutung dieser einfachen Worte gesucht. Sie sind so einfach und doch so unendlich schwierig. Buber sagt nicht: Die Begegnung ist Leben. Er sagt, das Leben – das wirkliche Leben – ist Begegnung. Das Leben macht erst in der Begegnung mit anderen Menschen Sinn. Wir brauchen einander. Wir leben nicht für uns allein – wir leben für die Begegnung.

Im Miteinander des Gesprächs, egal wo und mit wem, ob bei pax christi, in der Kirchengemeinde, der Politik oder Familie ist mir der Sinn dieser Worte immer wieder deutlich geworden, spürbar und erlebbar.

„Alles wirkliche Leben ist Begegnung“ – mit diesem einen Satz beschreibt Martin Buber das ganze Leben Jesu. Immer und überall ist dort Begegnung spürbar. Die

christliche Botschaft lebt von Begegnungen. Auch im heutigen Sonntagsevangelium nach Johannes (Joh 20,19-31) wird von der Begegnung Jesu mit den Jüngern erzählt – und von Thomas, der ihm nicht begegnet ist, der nicht glauben wollte, was ihm zugetragen wurde. Diese uns allen so wichtigen Begegnungen, die Berührung beim Handschlag, die Umarmung zur Begrüßung, der Wunsch zu Beginn des Gesprächs sind uns derzeit genommen. – Statt Begegnung üben wir uns in Distanz. Begegnung ist aber ein existenzielles Grundbedürfnis des Menschen. Begegnung ist Lebenselixier. Für mich ist Begegnung gleich Frieden. „Er trat in ihre Mitte und sagte zu Ihnen: „Friede sei mit Euch!“ Weil sie ihm begegnet sind, haben sie die Sehnsucht nach Frieden gespürt. In jeder Begegnung kann Frieden Einzug halten: Dann, wenn die Begegnung ernst gemeint ist, wenn wir uns voll Vertrauen begegnen, wenn wir einander Glauben schenken. Die Distanz, auch wenn sie zum jetzigen Zeitpunkt richtig und wichtig ist, birgt Skrupel, Misstrauen - da ist etwas zwischen uns, etwas Unsichtbares, etwas, das mich davon abhält, dir nahe zu kommen.

Selbst auf die Begegnung mit Gott in der hl. Messe, in der Kommunion müssen wir derzeit verzichten. Vielen fällt durch diesen Verzicht erst auf, wie wichtig die Communio ist. Die fehlende Begegnung macht einsam. Ich freue mich auf die Tage, an denen Begegnung wieder möglich sein wird. Ich glaube, dass durch die jetzt erzwungene Distanz Begegnungen dann wieder intensiver werden – dass das wirkliche Leben in der Begegnung sichtbarer werden wird.



Der Vorstand von pax christi mit Gerold König (Mitte, im grünen Hemd).

Das Evangelium nach Johannes
Kap. 20, Vers 19-31

Am Abend dieses ersten Tages der Woche, als die Jünger aus Furcht vor den Juden die Türen verschlossen hatten, kam Jesus, trat in ihre Mitte und sagte zu ihnen: Friede sei mit Euch! Nach diesen Worten zeigte er ihnen seine Hände und seine Seite. Da freuten sich die Jünger, dass sie den Herrn sahen...

Die Jünger Jesu sind in Distanz zu den Juden gegangen, sie hatten Angst. Sie haben die Türen verschlossen und Begegnung verweigert. Da kommt Jesus und sagt: Friede sei mit Euch! – nicht „Fürchtet Euch nicht – habt keine Angst“ – er sagt: „Friede sei mit Euch“. Friede aber wird erst in der Begegnung möglich. Im Gespräch, im Glauben aneinander, im gegenseitigen Vertrauen. Aber der Zwillingbruder unseres Glaubens heißt oftmals Zweifel. Der Zweifel gehört zum Glauben dazu.

Das macht Jesus am Beispiel des Thomas deutlich. Thomas ist Christus beim ersten Mal nicht begegnet. Er hatte Distanz zu ihm, er konnte nicht glauben, was die anderen gesehen haben. Jesus aber kam nochmal, damit Thomas ihn sah und wieder trat er in ihre Mitte (begegnete ihnen) mit den Worten: „Friede sei mit Euch“ – nachdem Thomas ihn berührt hat, glaubte er.

Wir müssen uns in diesen Tagen weiter in Distanz üben. Das, was uns lieb und teuer geworden ist, wurde abgesagt. Ostern haben wir in „sozialer Distanz“ gefeiert.

Mir haben unsere Enkelkinder und Kinder gefehlt. Die Begegnung mit ihnen. Den Wackelzahn von Lotta kann ich nur errahnen. Dank neuer Medien kann ich teilhaben, am Morgenkreis, mit Lotta und Frieda, Jonathan und Paula jeden Morgen den Tag beginnen. Ich kann aber nicht dabei sein.

Gerne würde ich die Menschen in den Krankenhäusern besuchen, ihnen durch meine Berührung Halt geben, gerne würde ich die 97-jährige Tante im Altenheim mal wieder im Arm halten können und ihr somit Kraft und Mut geben, gerne würde ich meiner Wut, meiner Empörung über Politiker, die diesen unheimlichen Virus nutzen, um ihre Macht weiter auszubauen, die mit Ignoranz über die Not und Sorgen der Menschen hinwegsehen, gemeinsam mit Vielen, Ausdruck verleihen. Gerne würde ich den geflüchteten Menschen, die in Moria und anderswo darauf warten, Frieden und Freiheit zu erleben, meine Hand reichen und ihnen sagen, kommt mit, kommt zu uns, ...gerne würde ich...

Es geht im Moment nur im gemeinsamen Gebet.

Im **Gebet** begegnen wir uns – hören und spüren wir uns – weltweit beten wir gemeinsam miteinander

Vater unser im Himmel	(deutsch)
Uw naam is geheiligd	(niederländisch)
Adveniat regnum tuum	(lateinisch)
Tu voluntad se hara`	(spanisch)
Comme au ciel, donc aussi sur terre	(französisch)
dacci il nostro pane quotidiano oggi	(italienisch)
and forgive us our guilt	(englisch)
gdy wybaczymy naszym winoajcom	(polnisch)
og frist ikke os	(dänisch)
sed savu nin de malbono	(esperanto)

Denn Dein ist das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit, in Ewigkeit	(deutsch)
Amen	(so sagt man überall)

Segen

Begegnen wir uns im Vertrauen auf Gott und stellen wir uns unter seinen Segen, dass er uns in dieser Zeit der Distanz und Ängste halte und uns in Frieden wieder zueinander führe

Im Namen des Vaters
 und des Sohnes
 und des heiligen Geistes

Amen



Sicherheit neu denken

Von der militärischen
zur zivilen Sicherheitspolitik –
Ein Szenario bis zum Jahr 2040

Frieden wollen natürlich alle – keiner weiß, wie es geht!

Multiplikatoren geschult: „Sicherheit neu denken“

Update Sommer 2020

Zwischen Frechen (bei Köln) und Nottuln (bei Münster) – nichts. So ist das Bild, wenn man auf die Landkarte der Ansprechpartner*innen der Initiative *SICHERHEIT NEU DENKEN* in Deutschland schaut. Noch viel Platz dazwischen also für pax christi Essen.



Ein prominenter Teil von *SICHERHEIT NEU DENKEN* ist pax christi ja schon länger, vor allem ist die Deutsche Sektion von pax christi durch unsere Vorsitzende Stefanie Wahl in der bundesweiten Koordinierungsgruppe dabei. Auf Bistumsebene gaben wir Ralf Becker, dem Koordinator der Initiative, bereits zweimal die Gele-

genheit, die Idee von *SICHERHEIT NEU DENKEN* vorzustellen: in Bochum, während unserer Ausstellung „Frieden geht anders“ Ende 2018, und in Duisburg bei unserer letztjährigen Diözesanversammlung. Damit tun wir das, was in der bis 2040 reichenden Planung der Initiative aktuell vorgesehen ist: informieren, weitere aktive Unterstützer finden.

Die Multiplikatorenschulung am 8. und 9. Mai 2020

Anfang Mai haben meine Frau Ute und ich nun an einer Multiplikatorenschulung teilgenommen, die – bedingt durch das Coronavirus – als Online-Seminar mit 18 Teilnehmern stattfand. Vorweg gesagt: die technische Umsetzung hat uns beeindruckt, und die insgesamt investierten 10 Stunden waren inhaltlich fruchtbar und kurzweilig.



Schulungsteilnehmer

Zu Beginn der Schulung standen nochmals die wichtigsten Gedanken der Initiative, siehe Kasten.

Das ist SICHERHEIT NEU DENKEN

Das Szenario „Sicherheit neu denken – von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik“ lädt dazu ein, eine Zukunft zu denken, in der wir pro Jahr 80 Mrd. Euro in die zivile Krisenprävention und eine starke UNO und OSZE anstatt in weitgehend wirkungslose Militär-Interventionen investieren.

Grundlage des Szenarios ist der Ausbau bereits erprobter und realisierter Instrumente ziviler Krisenprävention sowie sozial und ökologisch gerechtes Wirtschaften, die Förderung nachhaltiger Entwicklung im Nahen Osten und Afrika sowie eine Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft mit Russland bzw. der Eurasischen Wirtschaftsunion.

Das Szenario stützt sich auch auf wissenschaftliche Studien, die nachweisen, dass und warum gewaltfreier Widerstand doppelt so erfolgreich ist wie gewaltsame Aktionen.

Eine konsequente Weiterentwicklung erprobter Instrumente ziviler Krisenprävention eröffnet die Möglichkeit einer aktiven gewaltfreien Sicherheitspolitik.

So könnte dem Szenario zufolge die OSZE zur handlungsfähigen polizeilichen Sicherheitsorganisation in Europa ausgebaut werden. Die Bundeswehr könnte bis zum Jahr 2040 in ein Internationales Technisches Hilfswerk transformiert werden. Statt 200.000 Bundeswehrsoldat*innen könnte Deutschland dann als Beitrag zu einer zukunftsfähigen und dauerhaft wirksamen europäischen Sicherheitspolitik u.a. 50.000 zivile Friedensfachkräfte ausbilden und im weltweiten Einsatz finanzieren.

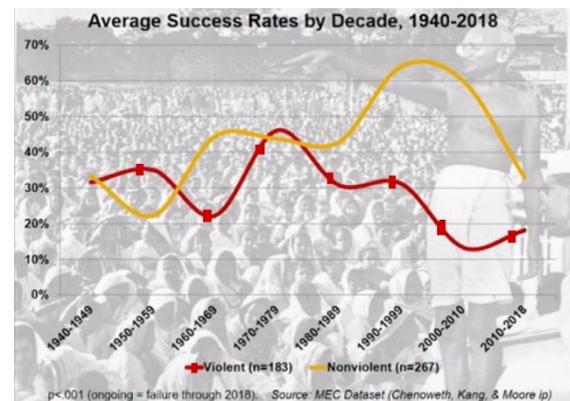
Links:

www.ekiba.de/html/content/szenario_sicherheit_neu_denken.html

www.youtube.com/?gl=DE, dann Suche nach „Sicherheit neu denken“

Eine wichtige Grundlage von *SICHERHEIT NEU DENKEN* sind wissenschaftliche Studien zu den Erfolgen gewaltfreier und militärischer Konfliktlösung. Wer sich noch an den Vortrag von Maria J. Stephan, der amerikanischen Politikwissenschaft-

lerin, im Katholischen Stadthaus Essen erinnert, weiß, dass die Bilanz eindeutig zu Gunsten gewaltfreier Konfliktlösungen ausfällt. Sehr erfreulich ist, dass mittlerweile eine Fortschreibung der Studie vorliegt. Danach sind zwar insgesamt die Erfolgsquoten der Konfliktlösungen zurückgegangen, gewaltfreie Vorgehensweisen sind aber mit deutlichem Abstand weiterhin erfolgversprechender. Damit ist klar, dass ein Standpunkt, militärische Konfliktlösung sei als „ultima ratio“ eine vernünftige Option, im Grunde keine Basis (mehr) hat.



Durchschnittliche Erfolgsraten gewaltsamer und gewaltfreier Kampagnen nach der Studie von Chenoweth, Screenshot aus Video zur Studie <https://tinyurl.com/gewaltfrei-studie>

Beeindruckt waren wir erneut von der langfristigen Perspektive der Kampagne. So scheint die Planung weiterhin realistisch, und ein kleines Detail zeigt, dass wir nicht zu schnell (ver)zweifeln sollten: Die Kampagne setzt ja darauf, dass die Ideen von Sicherheit neu denken auch in anderen Ländern Unterstützung finden; eines der dabei genannten Länder ist Österreich, das vor einigen Monaten mit seiner ÖVP/FPÖ-Koalition nicht mehr für diese Rolle in Frage zu kommen schien. Und mittlerweile ist diese Regierung Geschichte, und die Grünen sind Teil der Regierung...

Besonders gelungen während des Online-Seminars war die Integration von Partner- und Kleingruppenarbeit. Dafür zog man sich, zusammen mit einem oder mehreren Partnern, in virtuelle Arbeitsräume zurück, in denen man sich ungestört von den anderen austauschen konnte. So waren intensivere Begegnungen durchaus

möglich, und eigene Interessenschwerpunkte konnten berücksichtigt werden. Besonders wichtig war dies im Hinblick auf eine spätere Anwendung des Gelernten.

Ich entschied mich für die Möglichkeit, eine E-Mail zu entwerfen, um den eigenen Bundestagsabgeordneten um Unterstützung bei der Abschaffung der sog. atomaren Teilhabe zu bitten. Die Verbesserungsvorschläge der Mitglieder meiner Kleingruppe habe ich umgesetzt und kurze Zeit später tatsächlich an Arno Klare, MdB für Mülheim und Essen, geschrieben. Die Antwort war sogar positiv.

„Wie kann ich die Kampagne ins Gespräch bringen?“ war die Fragestellung, die Ute interessiert hat. Fazit ihrer Arbeitsgruppe: Ins Gespräch kommt man am ehesten durch ein Anknüpfen an gemeinsamen Interessen. Zweifel sollten nicht ausgespart, sondern thematisiert werden. Im Dialog schließlich ist es wichtig, „den Ball immer wieder ins andere Feld spielen“, also zu fragen und zuzuhören statt selbst zu referieren. Hilfreiche Gesprächsbausteine könnten sein:

- ...„Dabei habe ich an Dich gedacht!“
- „Frieden wollen natürlich alle – keiner weiß, wie es geht! Die Badische Landeskirche hat dazu ein interessantes Konzept entwickelt...“
- „Lass uns doch mal zusammen Sicherheit neu denken!“

Wenn wir so ins Gespräch kommen, ist ein erster Schritt gemacht.

Erste eigene Gehversuche bei der Überzeugungsarbeit

Für die Zeit nach der Schulung hatten Ute und ich uns natürlich vorgenommen, immer wieder das Thema Sicherheit neu denken ins Gespräch zu bringen. Dies haben wir im Kreis unserer Familie und Freunde auch getan. Das Ziel von *SICHERHEIT NEU DENKEN* traf dabei immer auf Zustimmung, Skepsis hinsichtlich der Realisierbarkeit aber blieb.

Die zumindest teilweise erfolgreiche Kampagne Erlassjahr2000 zur Entschuldung hochverschuldeter Länder des globalen Südens wurde in der Diskussion als positives Beispiel anerkannt und macht so auch für *SICHERHEIT NEU DENKEN* Hoffnung.

Im Gespräch mit unseren erwachsenen Kindern haben wir verstanden, dass für sie zur Zeit die Klimawende das dringendste Anliegen ist, weniger das Engagement für den Frieden à la pax christi. Fazit für uns: Als Zeitgenossen der meisten Entwicklungen, die nach dem Zweiten Weltkrieg zu unserer heutigen Lage mit gigantischen Vernichtungspotentialen geführt haben, ist es wohl vorrangig die Aufgabe unserer Generation, hier für Schritte zu einem nachhaltigen Frieden zu kämpfen. Mit pax christi sind wir dabei!

Dietmar Blümer

Corona-Pandemie

Afrika darf nicht vergessen werden

Ende März dieses Jahres hat Jean Djamba, Vorsitzender der pax christi-Kommission Zentralafrika, vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie in einem eindrücklichen Appell zur Solidarität mit den Menschen in Afrika aufgerufen. Wir sprachen am 21. April mit ihm und seiner Frau Nicole Mokabi, die auch Mitglied der pax christi-Kommission ist, über die derzeitige Situation in den Subsahara-Staaten.

Was hat euch dazu bewogen, schon Ende März mit einem solchen Appell an die Öffentlichkeit zu gehen? Zu diesem Zeitpunkt gab es ja erst vergleichsweise wenige Corona-Fälle in Afrika.

Jean: Wir wollten nicht erst reagieren, wenn die Lage schon explodiert ist, sondern zur Solidarität auffordern, wenn die Hilfe noch möglichst viel bewirken kann. Durch unsere regelmäßigen Kontakte nach Zentralafrika wissen wir, wie schwach das Gesundheitssystem schon in normalen Zeiten ist. Eine massive Pandemie würde die ganze Region verwüsten und unzählige Menschen töten. Uns ist es wichtig, dass gerade in einer Zeit, in der sich überall auf der Welt erst mal um die eigenen Probleme gekümmert wird, die Menschen in Afrika nicht vergessen werden.

Wie sieht die Lage heute, knapp vier Wochen später, aus – speziell in den teils riesigen Flüchtlingslagern wie Dadaab in Kenia?

Nicole: Wir sind ständig in Kontakt mit Bekannten, auch mit Ärztinnen und Ärzten, im Kongo. Die offiziellen Zahlen sind noch vergleichsweise niedrig, doch die Dunkelziffer scheint ziemlich hoch zu sein. Das liegt daran, dass nur ein kleiner Teil der Infizierten gemeldet wird, nur wenige Tests zur Verfügung stehen und somit die Statistiken nicht sehr aussagekräftig sind.

Jean: Die meisten an Corona Erkrankten stammen bisher aus den reichen Vierteln Kinshasas: Geschäftsleute und Regierungsbeamtinnen und -beamte, die die Ansteckung von Reisen aus dem Ausland, aus Europa und den USA, mitgebracht haben. Deswegen wurden zunächst diese Viertel unter Quarantäne gestellt, bevor sich das Virus im ganzen Land ausbreitet, wo die Gesundheitsversorgung noch viel schlechter ist als in der Hauptstadt.

Nicole: Wenn das Virus in den Flüchtlingslagern im Osten Kongos oder in Dadaab in Kenia ausbricht, wird dies zu einer unvorstellbaren Katastrophe werden. Neben den teils fürchterlichen hygienischen Verhält-

nissen, die dort sowieso schon herrschen, fehlen Schutzkleidung, Mund-Nasen-Schutz und Testmöglichkeiten sowie die Möglichkeit, wirklich Abstand zu halten.

Es wäre nötig, zumindest die Krankenhäuser und Pflegestationen, die schon im Normalfall sehr schlecht ausgerüstet sind, mit all dem nötigen medizinischen Material auszustatten. Das geht nur, wenn sich die UN-Organisationen, die Regierungen in Europa, die Kirchen und NGOs zusammentun, um vielleicht noch die Pandemie eindämmen zu können.

Wie gehen die Regierungen der einzelnen Staaten mit dieser Situation um?

Nicole: Wie in Europa auch gehen Regierungen in Afrika mit der Pandemie durchaus unterschiedlich um. In kleinen Staaten wie Ruanda oder Burundi ist es sehr viel leichter, bestimmte Quarantäne-Regeln umzusetzen, als beispielsweise in der DR Kongo, einem Staat von der Größe Westeuropas. Hier ist es vielerorts nicht möglich, bestimmte Quarantäne-Regeln durchzusetzen, weil vieles, was dafür notwendig wäre, nicht oder schlecht funktioniert, und weil die Menschen völlig unvorbereitet sind. Längst nicht überall gibt es sauberes Wasser und keine – oder nicht regelmäßig – Elektrizität. Die meisten Menschen haben keine Vorräte, sie müssen jeden Tag einkaufen. Viele haben keine Arbeit oder nur Tagelöhner-Jobs. Wenn sie nicht zur Arbeit gehen, haben sie gar kein Geld. So haben die meisten viel mehr Angst vor Hunger als vor der Ansteckung mit dem Corona-Virus.

Gibt es aus eurer Sicht irgendeinen Ausweg aus dieser fürchterlichen Alternative: Sterben vor Hunger oder durch das Virus?

Jean: Hier liegt das Problem: Wenn ich in einer Situation bin, in der ich nur einigermaßen überleben kann, solange ich täglich arbeite, dann habe ich eigentlich keine Alternative, um meine Familie zu ernähren. In einer solchen Situation ist der Hunger direkter und spürbarer als die Gefahr durch das Virus. Die Möglichkeiten, die Pandemie einzudämmen, sind für die kongolesische Regierung sehr begrenzt. Ihr fehlen dafür einfach die finanziellen Mittel, und auf dem Land fehlen auch die infrastrukturellen Voraussetzungen.

Unterstützung muss aus meiner Sicht jetzt vor allem darin bestehen, die Dinge zu tun, die sehr schnell umsetzbar sind, um die Pandemie einzudämmen. Also

medizinische Geräte ins Land schaffen, Schutzkleidung und Mund-Nasen-Schutz, und die Verteilung mithilfe funktionierender Strukturen organisieren. Wichtig ist es, dass alle dabei zusammenarbeiten. Längerfristig wirkende Maßnahmen wie Schuldenerlass sind nötig, aber aus meiner Sicht jetzt nicht vordringlich, da sie erst mittelfristig wirken.

Entscheidend scheint mir auch, dass der Vorschlag, eine Art „Marshall-Plan“ für Afrika zu realisieren, jetzt aufgegriffen wird. Dabei dürfen nicht nur einzelne Staaten herausgegriffen werden, sondern die ganze Region muss in den Blick kommen. Denn diese Staaten sind oft miteinander wirtschaftlich eng verbunden, so dass ein solcher Entwicklungsplan nur funktionieren kann, wenn in einer Region alle daran beteiligt sind. An der Corona-Pandemie kann man sehen, dass das Virus vor Ländergrenzen nicht haltmacht, sondern sich in einer globalisierten Welt blitzschnell fast überall ausbreitet. Hier hilft nur eine weltweite Zusammenarbeit der ganzen Menschheit.

Über welche Strukturen sollte diese Unterstützung laufen?

Jean: Über die etablierten internationalen Organisationen, die Kirchen und die NGOs, die im jeweiligen Land über die nötigen Strukturen und auch die Akzeptanz in der Bevölkerung verfügen. Auch entsteht beispielsweise in der DR Kongo gerade eine von der Zivilgesellschaft aufgebaute Plattform, bei der ein Bekannter von uns, aber auch der Ärzteverband engagiert sind. Hierüber könnten Beschaffung und Koordination der dringend benötigten Materialien organisiert werden.

Heute Abend soll diese Plattform online gehen. Wir werden versuchen, noch genauere Informationen zu erhalten, was darüber derzeit möglich ist und wie wir von Deutschland aus ihre Arbeit unterstützen können. Dies ist aus unserer Sicht eine Möglichkeit, konkrete, solidarische Hilfe zu leisten für eine Struktur, die die Zivilgesellschaft im Kongo selbst aufgebaut hat und wo durch die Unterstützung der Kirche auch gewährleistet ist, dass die Hilfe da ankommt, wo sie gebraucht wird.

Welche Wünsche und Hoffnungen haben die Menschen, mit denen ihr im Kongo in Kontakt seid, für die Zeit nach der Pandemie?

Nicole: Die Pandemie zeigt, dass alle betroffen sein können, gleich ob reich oder arm. Normalerweise lassen sich die reicheren Kongolesinnen und Kongolesen bei Operationen und ernsthaften Krankheiten in Europa oder den USA, manchmal auch in Saudi-Arabien behandeln, denn dort ist die medizinische Versorgung ungleich besser. Nun hat das Virus zunächst die reicheren Viertel von Kinshasa betroffen, aber man konnte wegen der Einreisebeschränkungen nicht ins

Ausland fliegen, sondern musste sich zu Hause behandeln lassen. Nun hoffen die Menschen, dass diese Erfahrung vielleicht dazu führt, dass mehr finanzielle Mittel in das heimische Gesundheitssystem fließen werden und sich dadurch die Grundversorgung im Land verbessert. Die Hoffnung ist, dass diese Pandemie die Erkenntnis stärkt, dass Korruption und Geldtransfer auf ausländische Banken einen nicht schützen und dass die Verbesserung der Lebensverhältnisse im eigenen Land letztlich das Leben für alle verbessert.

Jean: Diesen Gedanken kann man vielleicht auch auf die Weltgesellschaft insgesamt übertragen. Vor solchen Pandemien wie durch das Coronavirus, aber auch der Klimaerwärmung kann man sich nicht national schützen, auch die Reichen sind davor nicht gefeit. Wir können sie nur als Menschheit insgesamt und solidarisch eindämmen. Diese Erfahrung regt hoffentlich ein Umdenken an, dass die Folgen von Ausbeutung, ungerechten Handelsstrukturen, Kriegen und der Vergiftung der Erde letztlich auch die scheinbaren Profiteurinnen und Profiteure treffen. Vielleicht erwächst aus dieser Pandemie eine Chance für eine andere, solidarischere Welt.

Dieses Interview führte Thomas Meinhardt für die Mitgliederzeitschrift des pax christi Regionalverbands Rhein-Main, Ausgabe 2/2020



Jean Djamba



Nicole Mokabi

Vom Frieden kündigen von Brücken und Balkonen

Ostermarsch 2020 – alternativ und virtuell



Engagiert für den Frieden: Das wurde auch in Essen verkündet.

Völlig anders als geplant, fand ausgerechnet im 60. Jahr seines Bestehens der Ostermarsch Rhein-Ruhr – wie so viele andere Ostermärsche im Bundesgebiet – alternativ und virtuell statt, weil die Ansteckungsgefahr durch das Corona-Virus die sonst üblichen öffentlichen Veranstaltungen nicht zuließ.

Auch wir hatten dazu aufgerufen, den alternativen Ostermarsch nach Kräften zu unterstützen durch die Gestaltung und das gut Sichtbarmachen von Plakaten und Spruchbändern. Die Plakate, Friedensfahnen, Friedenstauben und Forderungen hingen an Fassaden, Fenstern, Balkonen, in Gärten, Schau fenstern und an Brücken. Mehr als 200 Fotos von diesen Friedensbotschaften hat der „Ostermarsch-Ruhr“ und mehr als 2000 Fotos das „Netzwerk Friedenskooperative“ erhalten. Dieses bunte Bild und weitere Informationen sind hier www.ostermarsch-ruhr.de/bilder.html und hier www.ostermarsch.de zu finden.



Ein Friedensgruß zu Ostermarschzeiten vom Balkon aus.

Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, dass oft Menschen, die an meinem Haus vorbeigingen, aufmerksam die Friedensbotschaften gelesen haben. Das ist sicher an ganz vielen anderen Stellen ebenso geschehen und ein Erfolg, der zur Wiederholung einlädt.

Am Karsamstag ging ein Video online mit Redebeiträgen von Silvia Rölle (VVN-BdA NRW), Andrej Hunko (MdB Die LINKE) und Dietmar Köster (MdEP SPD), Musikbeiträgen von Leo Kowald und Karmelita Gaertig, Krzysztof Daletski und Tochter sowie von Konstantin Wecker. Dieses Video ist hier weiterhin abrufbar:

www.youtube.com/watch?v=uZLpu_q9uzM&feature=youtu.be

Das Essener Friedensforum hatte sich zusätzlich etwas Besonderes einfallen lassen: Da die Friedensfreundinnen und Friedensfreunde nicht zum Info- und Frühstücksstand zum Willy-Brandt-Platz kommen konnten, kam der mobile Infostand zu ihnen mit Info-Material, leckeren Friedenstauben und schön bemalten Ostereiern, zugestellt per Fahrrad durch die Parents for Future.

Auch in den Medien war der alternative Ostermarsch präsent. Es gab Berichte in mehreren Zeitungen, WDR-Radio hat auf ihn hingewiesen, und im Fernsehen wurde bei WDR Aktuell und in der Tagesschau über ihn berichtet. Das gesamte Medien-echo kann hier aufgerufen werden: nrw.dfg-vk.de/aktionen/ostermarsch

Insgesamt betrachtet war der alternative Ostermarsch ein Erfolg, doch hoffen wir, dass er im nächsten Jahr mit großer Beteiligung wieder auf Straßen und Plätzen stattfinden kann.

Alfred Keienburg

Sicherheit durch nukleare Abschreckung?



Verteidigungsministerin
Annegret Kramp-Karrenbauer.



Rolf Mützenich.



Norbert Walter-Borjahn.

Vor wenigen Wochen hat Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer die Anschaffung neuer Trägersysteme angekündigt, mit denen im Kriegsfall die in Büchel gelagerten US-Atomwaffen an ihren Bestimmungsort gebracht und abgeworfen werden sollen – durch deutsche Soldaten. Sie sollen die veralteten Tornado-Kampfflugzeuge ersetzen. Dagegen hat sich aus der Spitze der SPD Widerstand geregigt, vorgetragen allen voran durch Rolf Mützenich und Norbert Walter-Borjahn.

pax christi setzt sich schon lange für den Abzug der Atomwaffen aus Büchel und die Beendigung der nuklearen Teilhabe der BRD ein, verstärkt seit dem UN-Verbotsvertrag aus dem Jahr 2017. In diesem ist eine vollständige Ächtung aller Atomwaffen beschlossen, verboten sind bereits Besitz und Androhung des Einsatzes von Atomwaffen. Bis heute hat die Bundesrepublik diesen Vertrag nicht unterzeichnet. Diese Unterzeichnung und der Abzug der Atomwaffen aus Büchel sind die zentralen pax christi Forderungen auf diesem Gebiet. Dazu hat auch der kirchliche Aktionstag in Büchel bereits drei Mal stattgefunden, in diesem Jahr leider nur online.

In der Öffentlichkeit wird die Notwendigkeit von Atomwaffen u.a. damit verteidigt, dass sonst Abschreckung nicht funktionieren und dass Deutschland sein Gewicht und Mitspracherecht in der NATO aufs Spiel setzen würde; und es wird beschwichtigend hinzugefügt, dass vor einem Einsatz auf jeden Fall die Zustimmung aller NATO-Partner erfolgen müsse.

Um Ihnen und euch die Möglichkeit zu geben, diese und andere Argumente abzuwägen und auf ihre Stichhaltigkeit hin zu überprüfen, drucken wir hier eine sehr detaillierte Pressemitteilung zum Thema ungekürzt ab.

Sie ist herausgegeben von IALANA, der Deutschen Sektion der „International Association of Lawyers against Nuclear Arms“ und kann auch auf der Homepage www.ialana.de nachgelesen werden.

Erklärung zur nuklearen Teilhabe und zur geplanten Anschaffung neuer Trägerflugzeuge für den Atomwaffeneinsatz

Obwohl alle Nicht-Atomwaffenstaaten in Art. II Nichtverbreitungsvertrag (NPT) und Deutschland zusätzlich in Art. 3 des sog. Zwei-Plus-Vier-Vertrages vom 12.9.1990 völkerrechtlich verbindlich auf jede unmittelbare und mittelbare Verfügungsgewalt über Atomwaffen verzichtet haben, wird innerhalb der NATO weiterhin die nukleare Teilhabe praktiziert. Zur nuklearen Teilhabe gehört insbesondere,

- (1) dass Deutschland, die Niederlande, Belgien, Italien und die Türkei nach wie vor in der Nuklearen Planungsgruppe der NATO mitwirken,
- (2) dass in geheim gehaltenen Bunkern in Deutschland, den Niederlanden, Belgiens, Italiens und der Türkei nach wie vor eine unbekannte Anzahl Atomwaffen mit einer vielfachen Zerstörungskraft der in

Hiroshima und Nagasaki eingesetzten Nuklearwaffen gelagert wird, die im Spannungs- oder Kriegsfall von den US-Streitkräften auch den Streitkräften dieser Nicht-Atomwaffenstaaten und damit auch den Einsatzkräften der Bundeswehr für den Abwurf auf feindliche Ziele entgegen den Regelungen in Art. II des NPT zur Verfügung gestellt werden sollen und

(3) dass die Bundeswehr – ebenso wie die Streitkräfte der anderen NATO-Nicht-Atomwaffenstaaten – nach wie vor Atomwaffenträger bereithält, und zwar die Tornado-Flugzeuge des in Büchel in der Eifel stationierten Jagdbombengeschwaders 33 (Teil der 2. Luftwaffendivision), mit denen sie regelmäßig Atomwaffeneinsätze übt.

Alle NATO-Staaten nehmen nach wie vor den sog. „Kriegsvorbehalt“ in Anspruch. Danach soll der Nichtverbreitungsvertrag dann nicht mehr gelten, wenn „eine Entscheidung, Krieg zu führen, getroffen wird“ („in welchem Zeitpunkt der Vertrag nicht mehr maßgebend wäre“). Wenn dieser öffentlich verschwiegene Kriegsvorbehalt völkerrechtlich wirksam wäre, würde er den Nichtverbreitungsvertrag und das in ihm enthaltene Verbot der Weitergabe von Atomwaffen an Nicht-Atomwaffenstaaten im Spannungs- und Kriegsfall praktisch gegenstandslos machen.

Belege für das völkerrechtlich wirksame Zustandekommen eines förmlichen Vorbehalts zu Art. II des NPT sind der Öffentlichkeit bislang nicht vorgelegt worden. Es bestehen gewichtige völkerrechtliche Einwände gegen seine Wirksamkeit, und zwar sowohl hinsichtlich des Verfahrens (fehlende nachgewiesene Kenntnissgabe an die NPT-Vertragspartner gem. Art. 23 des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge WÜRV) als auch in materieller Hinsicht (Vereinbarkeit i.S.v. Art. 19 WÜRV mit Ziel und Zweck des NPT).

Gegenwärtig wird öffentlich der Kauf von Flugzeugen für die Bundeswehr diskutiert, welche die veralteten Tornado-Kampfflugzeuge ersetzen sollen. Mit diesen sollen im Einsatzfall Bundeswehrsoldaten nach einer erfolgten Freigabe des US-Präsidenten die in Büchel gelagerten US-amerikanischen Atomwaffen zu den Zielorten befördern und dort abwerfen. Damit wird für Deutschland zumindest eine mittelbare, im Kriegsfall sogar eine unmittelbare Verfügungsgewalt über diese Atomwaffen in Anspruch genommen. Dabei haben sich alle Nicht-Atomwaffenstaaten in Art. II NPT (BGBl. 1974 II, S. 786) und Deutschland zudem in Art. 3 des 2+4-Vertrages (BGBl. 1990 II, 1318) völkerrechtlich verbindlich verpflichtet, „die Verfügungsgewalt“ über Atomwaffen „von niemandem unmittelbar oder mittelbar anzunehmen“.

Irrführend wird von Politikern behauptet, die nukleare Teilhabe sei „ein wichtiger Baustein unserer Sicherheitsstruktur“ (Henning Otte, verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion), die letzte Entscheidung über den Einsatz amerikanischer Atomwaffen von deutschen Boden aus liege „immer beim Bundeskanzler“ (Karl-Heinz Brunner, der sozialdemokratische Vorsitzende des Unterausschusses Abrüstung des Deutschen Bundestags).

Tatsache ist, dass über den Einsatz der Atomwaffen im Rahmen der NATO-Kriegsführung zunächst die Repräsentanten der Mitgliedsländer im NATO-Rat im Konsens zu beschließen haben. Über die Freigabe der Sicherungscodes für den Einsatz und den Einsatz selbst entscheidet allein der US-Präsident. Es erscheint wenig wahrscheinlich, dass eine deutsche Bundeskanzlerin oder ein Bundeskanzler im Falle eines bewaffneten Konflikts nach einer solchen Konsens-Entscheidung im NATO-Rat unter deutscher Beteiligung anschließend den Befehl an die Luftwaffe der Bundeswehr erteilen wird, sich nicht an dem Einsatz der von dem US-Präsidenten freigegebenen Atomwaffen zu beteiligen.

Die Behauptung, die nukleare Teilhabe sei ein wichtiger Baustein der deutschen Sicherheitsstruktur und sei lediglich der „Bündnistreue“ geschuldet, widerspricht jeglicher menschlichen Einsicht.

Alle Konzepte und Strategien der nuklearen Abschreckung gehen davon aus, der potentielle Gegner könne von einem Angriff wirksam dadurch abgeschreckt werden, dass man ihm für diesen Fall einen vernichtenden Gegenschlag androht, der für ihn zu unannehmbaren Folgen und Schäden, wenn nicht zur vollständigen Vernichtung in einem nuklearen Inferno führen werde. Deshalb müsse die eigene Fähigkeit und Bereitschaft zu einer solchen Reaktion glaubwürdig demonstriert werden.

Notwendiger Bestandteil für ein „Funktionieren“ dieser Abschreckungs-„Logik“ ist dabei jedoch, dass man es mit einem rational kalkulierenden Gegner zu tun hat, der auf der Basis hinreichender und ihm auch zur Verfügung stehender Informationen ausschließlich rationale Entscheidungen trifft.

Das Abschreckungskonzept kann mithin schon nach seiner eigenen „Logik“ nicht funktionieren, wenn es um die Abschreckung eines „irrationalen“ Gegners geht. Das kann etwa dann der Fall sein, wenn dieser

für „rationale“ Argumente nicht oder nur schwer zugänglich ist, also wenn er – aus welchen Gründen auch immer – zur Benutzung rationaler Abwägungskalküle nicht imstande oder nicht willens ist. Historische Beispiele für solche „abschreckungsresistenten“ Gegner waren jedenfalls im 20. Jahrhundert, dem „Zeitalter der Extreme“ nicht gerade selten; man stelle sich vor, sie hätten über Atomwaffen verfügt. Die aktuelle Weltpolitik zeigt ähnliche Gefahren. In der aktuellen schweren Weltwirtschaftskrise können lokale bewaffnete Konflikte schnell zu einem militärischen Schlagabtausch zwischen Großmächten eskalieren.

Aber auch dann, wenn man es mit einem prinzipiell „rationalen Gegner“ zu tun hat, ist die Funktionsfähigkeit auch der nuklearen Abschreckung davon abhängig, dass diesem Gegner nach den konkreten Umständen hinreichende zeitliche und informatorische Kapazitäten zur Verfügung stehen, um kritische Entscheidungssituationen in dem erforderlichen Maß abschätzen und beurteilen zu können sowie hieraus in der zur Verfügung stehenden kurzen Zeit verantwortliche Folgerungen zu ziehen. Es ist äußerst fraglich und ungewiss, dass dies – wenn es für das Überleben der Menschheit darauf ankommt – der Fall sein wird.

Die Abschreckungs-„Logik“ funktioniert auch dann nicht und stößt an gefährliche Grenzen, wenn menschliche Fehleinschätzungen oder „technisches Versagen“ wirksam werden. Dies ist etwa der Fall, wenn sich elektronische Fehlinformationen in Kommunikationssysteme einschleichen oder andere Defekte dort wirksam werden, die es für die jeweils andere Seite angesichts extrem kurzer Vorwarnzeiten sehr schwer oder gar unmöglich machen, sicher zu diagnostizieren, ob in der konkreten Entscheidungssituation die z.B. aus den Computersystemen verfügbaren Daten auf einen gegnerischen Angriff schließen lassen oder nicht. In den vergangenen 70 Jahren gab es im Osten und im Westen – gut dokumentiert – zumindest zwanzig äußerst kritische Situationen, in denen die Welt am Rande eines nuklearen Infernos stand. Allein aufgrund glücklicher Umstände entging die Welt dabei einer nuklearen Katastrophe (Ex-US-Verteidigungsminister Robert McNamara: „We only lucked out“).

Das von den Fürsprechern der Atombewaffnung vorgebrachte Argument, dass Deutschland mit dem Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe das Mitsprache-Recht bei einem geplanten Atomwaffeneinsatz der NATO verliere, ist unzutreffend, weil der Nuklearen Planungsgruppe der NATO außer den Stationierungsländern auch die NATO-Mitgliedsstaaten Kanada und Griechenland angehören, die aus der nuklearen Teilhabe ausgestiegen sind und von deren Boden die USA ihre Atomwaffen abgezogen haben. Über einen etwaigen Atomwaffeneinsatz der NATO hat im Übrigen ohnehin der NATO-Rat zu entscheiden, dem alle Regierungen der Mitgliedsländer angehören.

Ein Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe der NATO ist auch deshalb geboten, weil die Regierung der NATO-Führungsmacht USA unter dem Präsidenten Trump von dem Kurs der begrenzten nuklearen Abrüstung des Vorgänger-Präsidenten Obama abgerückt ist und unverhohlen die Strategie verfolgt, dass ein Atomkrieg führbar und gewinnbar sei. Alle nuklearen Rüstungsbegrenzungs-Abkommen haben die USA gekündigt bzw. nicht verlängert, ihre strategischen Raketen werden nicht mehr in die NATO-Planung eingebracht, taktische nukleare „Mini-Nukes“ sind bereits auf US-Atom-U-Booten stationiert und können ohne Absprache mit den NATO-Verbündeten eingesetzt werden. Wenn aus der Sicht der Pentagon-Planer ein begrenzter Atomschlag in Europa möglich ist, besteht die Gefahr, dass Deutschland an einem solchen Völkerrechtsverbrechen mitwirken wird. Außerdem würde Deutschland das Schlachtfeld eines Nuklearkrieges werden - eine Gefahr, die mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation des „Kalten Krieges“ als beendet angesehen worden war.

IALANA widerspricht daher entschieden dem von der Bundesregierung erörterten Plan, für den Einsatz der in Büchel stationierten US-amerikanischen Atomwaffen neue Trägerflugzeuge anzuschaffen. Wir fordern, dass Deutschland umgehend die nukleare Teilhabe beendet. Ein erster Schritt hierzu wäre es, den Übungsbetrieb des Jagdgeschwaders 33 in Büchel mit sofortiger Wirkung einzustellen. Die Bundesregierung ist in ihren Entscheidungen nicht frei, sondern gemäß Art. 20 Abs. 3 Grundgesetz an Recht und Gesetz gebunden. Sie hat Entscheidungen zu unterlassen, die gegen bindendes Völkerrecht und das deutsche Recht verstoßen. Dementsprechend hat der Bundestag am 26. März 2010 fraktionsübergreifend mit breiter Mehrheit den Beschluss gefasst, die Bundesregierung aufzufordern, „sich bei der Ausarbeitung eines neuen strategischen Konzepts der NATO im Bündnis sowie gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen.“ Ein Beschluss zur Modernisierung der Trägersysteme in Büchel und zum Ankauf von US-amerikanischen F 18 Jagdbombern wäre mit diesem Beschluss und den Geboten des Grundgesetzes und des internationalen Rechts unvereinbar.

Menschen in den Blick genommen, die wichtige Anstöße gegeben haben

Pater Gerhard Valerius: Engagiert für den Frieden



Pater Gerhard Valerius.

Gestorben ist am 3. April 2020 P. Gerhard Valerius. Er war Mitglied von pax christi; mancher im Diözesanverband Essen hatte Kontakt zu ihm durch Gespräche, einigen war er Exerzitenmeister und geistlicher Begleiter.

Geboren wurde Gerhard Valerius am 14. Februar 1945 in der Nähe von Cochem. Es waren die „Notjahre der Eifel“, in denen er mit zwei Geschwistern aufwuchs. Das Gymnasium besuchte er in Handrup (Emsland) und am Marianum in Neuss, unterbrochen durch zweijährige Berufstätigkeit in einem Finanzamt. Er trat ins Noviziat der Dehonianer (Herz-Jesu-Priester, SCJ) in Maria Martental (Eifel) ein, studierte Philosophie und Theologie in Freiburg und Luzern. Am 4. Mai 1974 wurde er ordiniert, arbeitete als Kaplan in Osnabrück, als Übersetzer im Generalat des Ordens in Rom und dann einige Jahre in Erwachsenenbildung und Exerzitenwesen im Herz-Jesu-Kloster Neustadt/Weinstraße. Zeitweise leitete er auch das Noviziat des Ordens in Freiburg. Seit dem 1. August 2005 lebte er im Dehon-Haus Oberhausen, u.a. auch als Subsidiar der Pfarrei St. Marien.

Mehrfach hat P. Valerius für pax christi Essen Gottesdienste in der Reihe „Frieden(s)gestalten“ übernommen und dabei Menschen vorgestellt, die wichtige Anstöße gegeben haben in Kirche und Gesellschaft, u.a. den französischen Theologen Lamennais. Ihm und der Auswirkung seiner Gedanken hatte P. Valerius seine Dissertation gewidmet „Deutscher Katholizismus und Lamennais“ (ISBN 3-7967-1051-1). Da P. Valerius offensichtlich daran lag, dass nicht vergessen wird, was damals, in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in Frankreich und Europa geschehen ist (der Ordensgründer Leo Dehon, 1843-1925, stand in der gleichen Tradition), sei hier an diese „Friedensgestalt“ erinnert.

Hugo Felicité Robert de La Mennais (1782-1845), in der Bretagne geboren, hat die unruhigen Jahre der Revolution, der Säkularisation, des Aufstiegs Napoleons erlebt und mit 16 Jahren den Glauben verloren. Sein älterer Bruder hatte durch einen Priester, der, verbannt, von der Familie Lamennais aufgenommen worden war, eine theologische Ausbildung erfahren; als er nun 1804 ordiniert wurde, fand F. Lamennais zur Kirche zurück und ging zur Ersten Kommunion, 22-jährig. Die beiden Brüder schrieben gemeinsam kirchenhistorische und kirchenpolitische Bücher: das erste wurde sofort verboten, die anderen konnten erst nach dem Abgang Napoleons veröffentlicht werden. Als Napoleon kurzfristig von Elba zurückkam, floh F. Lamennais nach England. Dort entschloss er sich, ebenfalls Priester zu werden; wieder zurück in Frankreich wurde er 1816 ordiniert. Von da an entfaltete er eine rege publizistische Tätigkeit: Predigten, Vorträge, Aufsätze, Bücher. Zunächst verteidigte er, europaweit beachtet, die Religion gegen die Aufklärung, die seiner Meinung nach auf die Reformation im 16. Jh. zurückzuführen sei und schließlich zu Revolution und Kriegen geführt habe. Zu dieser Zeit dachte Lamennais: Die absolute Wahrheit (la verité absolue) sei der Beurteilung durch die menschliche Vernunft entzogen,

wurde aber in einer Uroffenbarung, die über Jahrhunderte hin bezeugt werde durch den Glauben der Völker (*sens commun du genre humain*); dieser Glaube werde in der Gegenwart erläutert durch Bischöfe und Papst und verteidigt durch die Monarchie. Lamennais, Traditionalist durch und durch, war also anfangs Royalist, Verteidiger der Monarchie, Verfechter der Institution Kirche, einschließlich des Universalprimats des Papstes, und romantischer Verehrer eines tief in den Völkern wurzelnden Glaubens.

Dann aber erkannte Lamennais, was sich in den Jahren der Restauration unter den Bourbonen tatsächlich in Frankreich entwickelt hatte. Heftig bekämpfte er die enge Verbindung von Kirche und Staat, den sogenannten Gallikanismus: die Monarchie bedient sich zu ihrer Legitimation der Kirche – die Kirche zieht Vorteile aus ihrer Nähe zur Macht des Staates. Lamennais gründete die Zeitschrift „L’avenir“ (Die Zukunft); sie wurde in- und außerhalb Frankreichs beachtet, musste aber bereits nach einem Jahr eingestellt werden. Darin stritt Lamennais unter dem Schlachtruf „Dieu et liberté“ für die Unabhängigkeit des Papstes und der Kirche und forderte „angesichts der die Sitten verderbenden Folgen der Aufklärung“ eine Erneuerung des Glaubens durch ein vom Staat unabhängiges kirchliches Erziehungswesen. Lamennais fühlte sich den „wahren Liberalen“ verbunden. Es kam zum Streit mit den französischen Bischöfen, die an den überkommenen Zuständen (enge Verbindung von Kirche und Staat) festhalten wollten. Lamennais appellierte an den Papst, dessen Rechte gegenüber dem französischen Staat und hinsichtlich des Universalprimats er ja verteidigte. Gregor XVI. jedoch, im Kirchenstaat immer wieder bedrängt durch national-italienische Bewegung und sozialen Aufruhr, zugleich aber geschützt durch französische (und österreichische) Truppen, verurteilte 1832 in der

Enzyklika „Mirari vos“ alle Irrtümer und Forderungen des Liberalismus (Indifferentismus, Gewissensfreiheit, Pressefreiheit, Trennung von Kirche und Staat), ohne allerdings dabei Lamennais mit Namen zu erwähnen. Dieser unterwarf sich, veröffentlichte aber 1834 das Buch „Paroles d’un croyant“ (Worte eines Gläubigen), in dem er von der Hoffnung „der Befreiung der leidenden Massen“ sprach. Schnell erschienen 28 Ausgaben und Übersetzungen. Die meisten Staaten Europas verboten die Schrift, der Papst schloss sich an, und noch im Jahre 1832 verwarf er die Gedanken Lamennais‘ in der Enzyklika „Singulari nos“. Daraufhin brach Lamennais mit der Kirche, legte sein Priesteramt nieder und starb, fast vergessen und unversöhnt mit der Kirche, 1854 in Paris, fortwirkte er aber mit seinen Gedanken.

Im Gottesdienst in der pax-christi-Kirche hat P. Valerius – wie in seiner Dissertation – Lamennais als Vorkämpfer für die Freiheit der Kirche in einem freien Staat gewürdigt, seinen Einsatz hervorgehoben für die politischen und sozialen Rechte der Bürgerinnen und Bürger im Staat und betont, wie sehr seine Ideen ausgestrahlt haben auch auf den politischen Katholizismus in Deutschland und auf innerkirchliche Reformbewegungen bis heute.

Wer F. Lamennais, wie P. Valerius vorgeschlagen hat, als Friedensgestalt sieht, die uns anregen kann, der hätte mehrere Felder vor sich, der Bearbeitung wert, auf denen er fortführen könnte, was Lamennais angestoßen hat (Gerechtigkeit in der Gesellschaft, Frieden unter den Völkern, Freiheit der Kirche von staatlicher Bevormundung), aber auch Felder, auf denen Lamennais wenig bestellt hat (Lehre der Kirche) oder „erfolgreich“ gescheitert ist (Struktur der Kirche: Universalprimat des Papstes).

Meinolf Demmel

Arbeiterpriester! Märtyrer! Friedensgestalt?

Juan Alsina wurde während des Militärputsches 1973 ermordet



Ein Opfer der Militärdiktatur in Chile: Juan Alsina.
Foto: J. Puig Reixach

Das erste Mal bin ich vor 30 Jahren auf die Person Juan Alsinas aufmerksam geworden. Es war kurz nach Annes und meinem ersten Besuch in Chile 1989. Die chilenische Zeitschrift Pastoral Popular veröffentlichte damals ein Themenheft über Priester, die während und nach dem Militärputsch am 11.09.1973 ermordet worden waren. Ich weiß gar nicht, warum mir gerade Juan Alsina dabei besonders ins Auge gesprungen ist. Vielleicht lag es daran, dass sein Geburtstag auf einen 28. April fällt, auf den Tag, an dem auch ich Geburtstag habe. Als ich im Jahr 1965 geboren wurde, war Juan Alsina 23 und bereitete sich auf seine Priesterweihe vor.

Geboren wurde er am 28. April 1942 in Castelló de Ampuries, einem kleinen Dorf im Norden Spaniens. Es stammt aus einfachen Verhältnissen. Seine Eltern waren Landarbeiter. Über seine Kindheit und Jugend ist nicht viel bekannt, und auch aus seiner Zeit im Priesterseminar wird nichts Bemerkenswertes über ihn berichtet, außer dass er intelligent, großzügig und stets gut gelaunt war. Im September 1965 wird er zum Priester geweiht und arbeitet für zwei Jahre in der Pastoral seines Heimatbistums. 1968 reist er schließlich nach Chile, um dort als Priester tätig zu werden.

1965, das Jahr meiner Geburt und seiner Weihe, markiert den Abschluss des Zweiten Vatikanischen Konzils.

Die Auseinandersetzung mit den Dokumenten dieses Konzils und denen der Generalversammlung der lateinamerikanischen Bischöfe in Medellín, die die Beschlüsse des Vatikanums für Lateinamerika konkretisieren, ist für ihn zentral. Die Öffnung der Kirche zur Welt, und in Lateinamerika insbesondere zur Welt der Armen, wird für ihn zur grundlegenden Perspektive. Er konzentriert seine pastorale Arbeit auf die poblaciones, die Armenviertel, und auf die armen ländlichen Kommunen im Großraum Santiagos. Zunächst arbeitet er in der Pfarrei San Antonio. Seine Tätigkeit umfasst die Seelsorge in den Ortsteilen und den Quartieren der Wanderarbeiter, Schulunterricht und Lehrerfortbildungen. In dieser Zeit nimmt er auch den ersten Kontakt mit dem MOAC, dem Movimiento Obrero de la Acción Católica auf, der chilenischen KAB, auf.

Seit 1970 nimmt er neben seiner Pastoralarbeit noch einen Zivilberuf auf. Er arbeitet in einem Krankenhaus. Das Dasein als Arbeiterpriester bringt ihn in Konflikt mit dem Bischofsvikar seines Bereiches. Er wird vor die Wahl gestellt, sich zwischen Arbeit und Priestertum zu entscheiden. Er wechselt daraufhin den Pastoralbereich und kann beides, Erwerbsarbeit und Seelsorge, dort fortsetzen. Er wechselt in das Krankenhaus San Juan de Dios und ist dort als Personalchef tätig. Er engagiert sich für gute Arbeitsbedingungen und fördert die Organisationen der Arbeitnehmer.

Dieses Engagement ist vor dem Hintergrund der Wahl Salvador Allendes zum chilenischen Präsidenten zu sehen. Er ist zu diesem Zeitpunkt der einzige Marxist, der in einer freien Wahl an die Regierung gekommen ist. Die Unidad Popular, das Parteienbündnis hinter Allende, verfolgt eine konsequent linke Politik: Verstaatlichungen von Schlüsselindustrien, Stärkung von Betriebsräten und anderen Instrumenten der Mitbestimmung, Verbesserung der Infrastrukturen in den poblaciones, Legalisierung illegaler Landbesetzungen usw.

Der Politikwechsel mobilisiert weite Teile der Bevölkerung. Gesellschaftlicher Wandel scheint auf einmal denkbar und möglich. Dieser z.T. chaotische Strukturwechsel ruft aber auch Gegner auf den Plan. Am 11.09.1973 putscht das chilenische Militär. General Augusto Pinochet wird Chef einer Militärgenjur, die alle Unterstützer*innen der Unidad Popular kriminalisiert, ins Exil zwingt oder ermordet.

Alle, die diesen Systemwandel unterstützten und sich in ihm engagierten, gerieten in das Visier der neuen Machthaber, darunter auch Arbeiterpriester wie Juan

Alsina. Zwar war er in keiner politischen Partei Mitglied. Der Charakter seiner Arbeit, seine gewerkschaftlichen Kontakte und sein Freundeskreis wiesen ihn in den Augen der Militärs als Linken aus. Grund genug für ihn, um sein Leben zu fürchten.

Entgegen dem Rat seiner Freunde ging Juan Alsina weiter zur Arbeit. „Er wollte seine Verantwortung als Personalchef wahrnehmen. Am 18.09.1973 wurde er an seinen Arbeitsplatz verhaftet und in ein provisorisches Strafgefangenenlager gebracht. Ein befreundeter Priester besuchte ihn dort, nahm ihm die Beichte ab und versuchte, ihn mit Hinweis darauf freizubekommen, dass er Priester sei. Der Befehlshaber der Säuberungsaktion, während der Juan Alsina gefangen gesetzt worden war, glaubte dies jedoch nicht und befragte Felipe Gutierrez, einen anderen Priester, der mit dem Verteidigungsministerium kollaborierte. Dieser bestätigte, dass Juan Alsina Priester sei, fügte jedoch hinzu: „Der da, wenn du ihn nicht tötetest, tötet er dich und deine ganze Familie.“

Am 19.11.1973 wird Juan Alsina erschossen. Offiziell handelt es sich nicht um eine Hinrichtung. Juan Alsina, so die offizielle Version, ist bei einem Schusswechsel zu Tode gekommen. In den Zeitungen heißt es, er habe Verbindungen zu „extremistischen Kreisen“.

Bereits wenige Tage später tauchen Zweifel an dieser Version auf. Ein Priester erfährt von einem Offizier in einem Gespräch, dass er niedergeschlagen sei, weil er einen spanischen Priester töten lassen musste. Weitere Recherchen ergeben, dass es sich dabei nur um Juan Alsina gehandelt haben kann.

Bis zum Ende der Pinochet-Diktatur bleiben die konkreten Umstände seines Todes jedoch unaufgeklärt. Erst ab dem Jahr 2000 nehmen Wahrheitskommissionen in Chile die Arbeit auf und klären viele Fälle außergesetzlicher Tötungen, von Verschwinden-lassen und anderen Menschenrechtsverletzungen auf. Dies führt im Jahr 2005 zur Verurteilung des Majors, der den Befehl zur Tötung von Juan Alsina gegeben hat. Der damals 18-jährige Soldat, der am 19.9.1973 die Kugeln auf Juan Alsina abfeuerte tötete sich Jahre später selbst und gab vorher folgende Erklärung ab:

„Als wir an der Bulnes-Brücke (dem Ort der Hinrichtung) ankamen, bremste Major Lopez. Ich stieg aus und holte alle, die ich erschießen sollte, vom Lastwagen. Ich wollte Juan die Augen verbinden, aber er sagte: „Bitte leg mir die Augenbinde nicht um, erschieß mich von vorn, damit ich dich sehen und dir verzeihen kann.“ „Alles ging sehr schnell“, beendete er seine Aussage.

Im Mai 2020 waren wir wieder in Chile. In der Casa de la Memoria, einem Museum, das der Geschichte der brutalen Diktatur unter General Pinochet gewidmet ist, finde ich eine Liste der Gedenkorte für die Opfer der Diktatur, darunter auch die Bulnes-Brücke. Wir be-

schließen, diesen Ort zu besuchen. Es ist nicht besonders schön dort, der Mopocho-Fluss, den die Bulnes-Brücke überspannt, ist dort kanalisiert, ein hässliches und schmutziges Rinnsal. Es gibt viel Autoverkehr. Andere Fußgänger sehen wir direkt an der Brücke nicht. Die Gedenkstätte nimmt niemand wahr außer uns. Kurz vor der Brücke gibt es eine alte Eisenbahn-Unterführung. Die linke Seite ist rot gestrichen. Ein Altar ist in die Wand eingelassen. Informationstafeln erinnern an Juan Alsina und die anderen dort Hingerichteten. Auf der rechten Seite befindet sich eine große Wandmalerei: Portraits ermordeter oder verschwundener Personen. Daneben die Aussage Juan Alsinas: „Erschieß mich von vorn, damit ich dich sehen und dir verzeihen kann.“

Nach unserer Rückkehr sitzen wir mit einem chilenischen Freund in unserem Garten in Altenessen. Wir erzählen ihm von unserem Besuch an der Bulnes-Brücke. Juan Alsina, sagt unser Freund, habe er gekannt. Es ist das zweite Mal, dass er uns sprachlos zurückschlägt. In San Felipe, wo er normalerweise lebt und wo wir ihn während unserer Reise besuchten, sind wir mit ihm spazieren gegangen. Wir gingen durch die Stadt, und er stellte uns Freunden und Bekannten vor. Nach dem Abschied kommentiert er: „Er wurde gefoltert.“ „Sie wurde gefoltert.“ Einmal fügte er hinzu: „Sein Folterer wohnt ganz in der Nähe.“

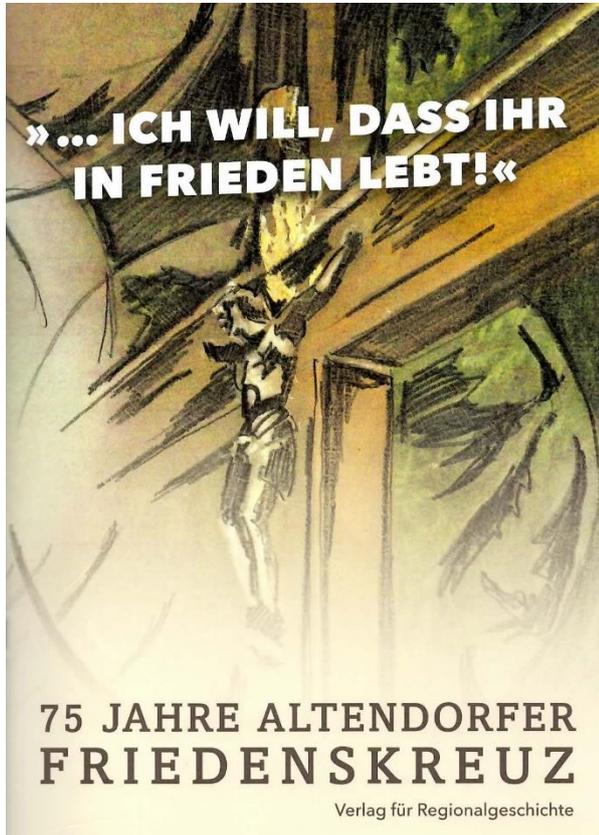
Genau diese bedrückende Lage ist die eigentliche Ursache der heftigen Auseinandersetzungen derzeit in Chile. „Es geht nicht um 30 Pesos, sondern um 30 Jahre“, bringt es ein Slogan der Protestierenden auf den Punkt. Es geht darum, dass die Folgen der Diktatur auch nach so langer Zeit noch wirken. Einerseits der maßlose Reichtum einiger weniger, andererseits die große Armut der meisten. Eine Verfassung, die maßgeblich von den Militärs geschrieben wurde, und echten Wandel behindert. Und die Angst der Menschen. Sie war sofort wieder da, als Polizei und Militär die Protestierenden durch die Straßen jagten, Schüsse fielen und bald auch schon Fälle von Folter und ungesetzlichen Erschießungen bekannt wurden.

Kann man vor dem Hintergrund dieser Situation Juan Alsina als Frieden(s)gestalt bezeichnen, also als jemanden, der Frieden gestaltet, etwas Entscheidendes dazu beigetragen hat, dass mehr Frieden oder zumindest weniger Unfrieden herrscht? Ich denke, schon. Abgesehen von seinem großen und glaubwürdigen Engagement für und mit den Menschen in seinem Umfeld, ist es für mich seine Haltung angesichts seiner bevorstehenden Ermordung. Er verschließt seine Augen nicht vor dem Bösen, das ihm bevorsteht. Chile hat über weite Strecken die Augen vor den geschehenen Untaten verschlossen, wollte sie lieber vergessen als aufbereiten.

Michael Sprünken

Mitverantwortung und Versöhnung: Ich will, dass ihr in Frieden lebt

Neue Broschüre erinnert an Altendorfer Friedenskreuz



Vor 75 Jahren – am 3.5.1945 – wurde das „Altendorfer Friedenskreuz“ an der Nöggerathstraße (gegenüber dem Haus Nr. 131) in Essen errichtet. Das aus zwei Eichenbalken gezimmerte Kreuz gilt als das erste Anti-Kriegsdenkmal nach dem Zweiten Weltkrieg – fünf Tage vor der endgültigen Befreiung Deutschlands von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Eine jetzt herausgegebene Broschüre erinnert an die Geschichte dieses Kreuzes, das heute wie damals zur Mitverantwortung und Versöhnung aufruft. „Denken wir immer daran: Es fing nicht mit Gaskammern an. Es fing an mit einer Politik, die von Wir gegen Die sprach. Es fing an mit Intoleranz und Hassreden, es fing an mit der Aberkennung von Grundrechten, es fing an mit brennenden Häusern. Es fing an mit Menschen, die einfach wegschauten...“



Gerd Belker (Mitte) engagiert sich seit Jahrzehnten für das Friedenskreuz.

Die Herausgeber (Hubert Röser, Gerd Belker und Volker Niehusmann) greifen die lange Geschichte dieses Kreuzes auf, das einen historischen Vorgänger um 1805 aus der Zeit Napoleons hat. Es bestand bis zur Nazi-Zeit, geriet dann in Vergessenheit und verfiel. Die Errichtung des Friedenskreuzes am 3.5.1945 an derselben Stelle hat zu tun mit den Bombenangriffen während des Zweiten Weltkrieges auf Essen und dem Treffer einer Luftmine auf einen selbst ausgebauten Luftschutzbunker an der Clausiusstraße. Es gab sieben Tote und viele Schwerverletzte.

Zugleich ist die Errichtung des Friedenskreuzes tief verbunden mit den Lagern der Kriegsgefangenen aus der damaligen Sowjetunion (besonders aus der Ukraine und Weißrussland) wie der Zwangsarbeiter aus Frankreich und Polen, die unter unmenschlichen Bedingungen auf beiden Seiten der Bahnlinie untergebracht waren. Viele von ihnen mussten bei Krupp für die Rüstungsindustrie arbeiten.

Am 3.5.1945 haben sich Deutsche auf Initiative von Bernhard Weber mit sowjetischen Kriegsgefangenen und französischen wie polnischen Zwangsarbeitern an diesem Kreuz getroffen, sich die Hände zur Versöhnung gereicht und um Frieden zwischen den Völkern gebetet. Auf dem



Feier vor dem Altendorfer Friedenskreuz

Sockel des Altendorfer Friedenskreuzes stehen die Worte: „Ich will, dass ihr in Frieden lebt.“ Dem sterbenden Jesus werden sie in den Mund gelegt, getreu seiner Bergpredigt: „Selig, die Frieden stiften; sie werden Kinder Gottes genannt werden (Mt 5,9)“.

Das Altendorfer Friedenskreuz steht für Verständigung und Versöhnung, für gegenseitigen Respekt und die Achtung der Würde eines jeden Menschen, für den täglichen Einsatz für Gerechtigkeit und Frieden. Das macht es mitten in unserer Stadt zu einem bemerkenswerten Pax-Christi-Zeichen.

Die Broschüre (5 €) kann bestellt werden bei:
gerd.belker@t-online.de
Tel. 0201 – 87 18 112

Eine für den 3.5.2020 geplante Gedenkfeier „75 Jahre Altendorfer Friedenskreuz“ musste wegen der Corona-Pandemie ausfallen. Sie ist nun für Sonntag, 11.10.2020, vorgesehen. Treffpunkt ist um 15 Uhr am Friedenskreuz. Von dort geht der Weg in einem Schweigegang zur Kirche St. Clemens Maria Hofbauer. Die Gedenkfeier endet mit der Uraufführung eines eigens zu diesem Anlass komponierten Werkes von Volker Niehusmann.

Gerd Belker

„Es kann zwischen Juden und Christen auch klappen“

„Dunkles Gold“ – ein besonders lesenswertes Buch



Lesenswert
nicht nur für
Jugendliche.

Vielleicht haben Sie schon als Jugendliche oder für Jugendliche Bücher von Mirjam Pressler gelesen oder sind ihr indirekt begegnet etwa als Übersetzerin von Werken des israelischen Schriftstellers Amos Oz aus dem Hebräischen.

Die mit vielen Preisen ausgezeichnete Autorin, die selber eine biographische Nähe zum Judentum hat, ist leider nach langer Krankheit Anfang 2019 gestorben. Ihr erst kurz nach ihrem Tod erschienener (Jugend)Roman „Dunkles Gold“ verdient gerade in der aktuellen Diskussion um den Antisemitismus besondere Aufmerksamkeit, und dieses letzte Werk lässt sich mit Fug und Recht als ihr Testament bezeichnen. Auf Grund ihrer lebenslangen Verbindung zum Judentum gelingt es ihr, den historischen und den aktuellen Antisemitismus, seine Entstehung und seine Auswirkungen sowie konkrete Wege zu seiner Überwindung durch das Ablegen von auf beiden Seiten möglicherweise bestehenden Vorurteilen beispielhaft darzustellen.

Jüdisches Leben in Erfurt um 1349 und heute wird in zwei kunstvoll verknüpften Handlungssträngen gegenübergestellt, in denen zwei junge Mädchen jeweils in ihrer Gegenwart als Ich-Erzählerinnen fesselnd und überzeugend zu Wort kommen:

Das jüdische Mädchen Rachel und seine Familie fliehen aus Erfurt wegen des im Mittelalter drohenden Pestpogroms in Richtung Krakau. Der Vater, ein vermöglicher Geldverleiher, vergräbt vorher ihren

Goldbesitz, denn auf der Flucht gilt: *„reiche Juden leben gefährlich“* (S. 328). Trotzdem nimmt die Flucht einen sehr zwiespältigen Verlauf.

Laura, ein zeichnerisch hochbegabtes junges Mädchen in Erfurt heute, möchte künstlerisch eine Graphic Novel zur Geschichte des 1998 in Erfurt wiedergefundenen historischen Schatzes gestalten und lernt dabei den jüdischen Mitschüler Alexej kennen und schließlich lieben.

Beide Handlungsstränge lassen sich durchaus auch einzeln fesselnd mit Gewinn lesen. Aber gerade durch die „Zwei in Eins“ gestaltete Verknüpfung bringt die Verfasserin ihre wichtigsten Anliegen den Leser/innen nahe: Sie schildert empfindsam die Situation von Jugendlichen damals und heute und zeigt beispielhaft – wie auch in zahlreichen anderen ihrer Werke – den sorgsam und respektvollen Umgang mit Jugendlichen und ihren Gedanken, Gefühlen und Zweifeln in der Phase des Erwachsenwerdens. Hier, in diesem letzten Buch geht es ihr aber besonders darum, am konkreten Beispiel die tiefe Tragik des Antisemitismus in der Geschichte und bis ins heutige Deutschland sachlich und anrührend zur Sprache zu bringen und über ein ehrlich betroffenes aber auch hilfloses „Nie wieder“ hinaus – und das ist der besondere Wert dieses Buches – den jugendlichen und erwachsenen Lesern aktuelles historisches Wissen und konkrete Wege zur Überwindung des Antisemitismus im Alltag zu vermitteln. Wertschätzendes, sachliches, auch kritisch offenes Gespräch miteinander kann dann zu dem gegen Ende des Buches (S. 326) zu lesenden Ergebnis führen: *„Es kann zwischen Juden und Christen auch klappen“*.

Das Buch hinterlässt in beiden Handlungssträngen offene Fragen, aber auch Hoffnungen. *„Die Geschichte wird so lange zwischen uns stehen, solange wir nicht gelernt haben, statt >die Deutschen< und >die Juden< >ich< und >du< zu sagen“* (S. 309).

Die Förderung von gegenseitiger Begegnung und Austausch auf Augenhöhe ist wohl ein wirksames Mittel gegen Judenfeindlichkeit.

Karla Eissing

**Mirjam Pressler, Dunkles Gold,
Verlag Beltz & Gelberg 2019**

+++ TERMINE +++ TERMINE +++ TERMINE +++ TERMINE +++

Die Angabe von Terminen, was Ort, Zeit und Form anbelangt, ist unter den gegebenen Umständen mit einem relativ großen Unsicherheitsfaktor behaftet. Daher ist es ratsam, sich vorab darüber zu informieren, ob sich gegenüber der Planung Veränderungen ergeben haben. Wir werden über Änderungen eigener Veranstaltungen per E-Mail und über unsere Homepage informieren. Wer auf diese Art und Weise nicht kommunizieren kann, möge bitte das Telefon benutzen: 0201 712108

pax christi Veranstaltungen

Diözesanversammlung

Diese findet gemäß Beschluss des Vorstands vom 30.6.2020 im Frühjahr 2021 statt.

Gottesdienste „Frieden(s)gestalten“



Gustav Stresemann

Samstag, 12. September 2020, 18 Uhr (Gustav Stresemann)

Samstag, 14. November 2020, 18 Uhr (die Friedensgestalt wird noch bestimmt)

Pax Christi Kirche, An St. Albertus Magnus 45, 45136 Essen-Bergerhausen

Ob der Gottesdienst als Messfeier möglich ist, steht z. Zt. nicht fest. Auch ist nicht sicher, ob sich im Anschluss daran die pax christi Friedensbewegung zum Informationsaustausch und zur Besprechung anstehender Projekte/Aktionen im Gemeindesaal treffen kann. Sofern nur die Kirche zur Verfügung steht, werden wir uns dort miteinander austauschen. Gäste sind herzlich willkommen.

Veranstalter: pax christi Diözesanverband Essen

Samstag, 1. August – Sonntag, 9. August 2020

pax christi-Route regionale 2020 des Diözesanverbandes Essen

Geplant ist eine Eifel-Wanderung, es geht von Gerolstein nach Cochem.

Z. Zt. gehen wir davon aus, dass die Route stattfinden kann.

Es gibt ein Vortreffen am Sonntag, 5.7.2020 um 16.00 Uhr

Kontaktadresse: Meinolf Demmel, Marienplatz 3, 45476 Mülheim

Tel.: 0208 4449800

Jeder 3. Donnerstag im Monat, 18 Uhr (nicht in den Monaten Juni, Juli, August 2020)

Ökumenisches Friedensgebet

Christus König-Kirche, Tommesweg 26, 45149 Essen

Veranstalter: pax christi Gruppe Essen-Haarzopf

Veranstaltungen von und mit Kooperationspartnern

Auch bei den Veranstaltungen des Essener Friedensforums (EFF) ist die Unsicherheit, dass diese Veranstaltungen wie geplant stattfinden können, sehr groß. Den aktuellen Stand erfährt man/frau auf der Homepage des EFF <https://essener-friedensforum.de/>. Veränderungen werden durch entsprechende E-Mails mitgeteilt.

Mittwoch, 19. August 2020, 19 – 21 Uhr, entgeltfrei

Glaube wenig, hinterfrage alles, denke selbst

verschoben auf 1. Halbjahr 2021

Mittwoch, 16. September 2020, 19 – 21 Uhr, entgeltfrei

Gibt es Wege zum Frieden in Israel / Palästina?

Referent: Marc Frings, Generalsekretär des ZdK und ehemals Leiter des Auslandsbüros
verschoben auf 16. Juni 2021



Mittwoch, 18. November 2020, 19 – 21 Uhr, entgeltfrei

Konflikt USA / Iran – Krieg oder Entspannung

Referent: Andreas Zumach, Journalist bei der UNO in Genf

Volkshochschule Essen, Burgplatz 1

Veranstalter: Essener Friedensforum, VHS Essen

Andreas Zumach

Mittwoch, 20. Januar 2021, 19 – 21 Uhr, entgeltfrei

Im Auge des Orkans – Wie weiter in Syrien?

Referent: Karin Leukefeld, in Syrien akkreditierte Korrespondentin

Volkshochschule Essen, Burgplatz 1

Veranstalter: Essener Friedensforum, VHS Essen

30. Mai – 11. Juni 2021

Begegnungsfahrt Palästina/Israel

Diese Reise war ursprünglich für 6. – 19 September 2020 geplant und musste wegen der Covid19-Pandemie verschoben werden

Veranstalter: IPPNW – Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung

Kontaktadresse: Dr. Sabine Farrouh / farrouhs@gmx.de / Tel.: 069 845 303

Weitere Informationen: www.ippnw.de/bit/begegnungsfahrt

Gebet in der Corona-Epidemie

*Vater, du hast diese Schöpfung ins Leben gerufen,
und du bist es, der sie im Leben erhält
Sei du mit deiner Lebenskraft bei uns:
bei den Kranken und Sterbenden,
bei der Pflegekräften, Ärzten und Forschern,
bei den Politikern und bei allen,
die sich um die richtigen Entscheidungen
und um Solidarität im alltäglichen Leben kümmern.
Zeige uns Wege, wie wir uns bei allen Hindernissen
nicht aus den Augen verlieren.
Lass uns erfinderisch sein
für neue Weisen der Zuwendung und gegenseitigen Hilfe.
Stärke die Kräfte des Vertrauens und der Hoffnung.
Sei mit uns allen. Amen.*

Gerd Belker